

# Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

49. Jahrg.

Abonnementpreis: Vierteljährlich 65 Pfennig, monatlich 22 Pfennig, außsrl. Postbestellgebähr. Erscheinungstage des Korr.: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 25. Juli 1911.

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt, Verammlungs-Vergnügungsberichte usw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 20 Pfennig die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt

Nr. 83.

## Das Abonnement auf den „Korrespondent“

kann monatlich, zweimonatlich und vierteljährlich bewirkt werden, und zwar nur bei der Post. Die Bestellungen sind rechtzeitig aufzugeben, da Nachlieferungen nicht stattfinden. Wer sich über die Vorgänge auf allen Gebieten des Buchdruckgewerbes in Deutschland und im Ausland auf dem schnellsten Wege unterrichten will, muß Leser des dreimal wöchentlich erscheinenden „Korr.“ sein. Das Organ des Verbandes der Deutschen Buchdrucker ist das älteste Gewerkschaftsblatt in Deutschland. • Ein Buchdrucker-gehilfe ohne den „Korr.“ hat seine Zeit nicht begriffen. Bezugspreis nur 22, 44, 65 Pf. (ohne Bestellgeld).

## Eine Sanitasepistel.

Du hast wohl auch, lieber Kollege, ein Steckenpferd, indem dich bei der Lektüre unseres „Korr.“ irgend etwas besonders interessiert. Vielleicht schaust du zuerst, ob nichts gemeldet wird von dorten, wo einst deine Wiege stand: ob der Müller noch Vorstand ist, ob sich der Buchbinder Lehmann immer noch empfiehlt im Anfertigen von Druckfäßen „aller Art“, oder ob der Faktor B. auch heute noch die Seherlei mit einem Kasernenhose verwechselt. Vielleicht interessierst dich auch die Ruhmestaten unserer „christlichen“ Brüder.

Dies alles ist wohl sehr interessant für jeden Kollegen, ausgenommen jene, für welche das Lesen ihres Verbandsorgans ein überwindener Standpunkt ist.

Mit großer Aufmerksamkeit verfolge ich jedoch vorzugsweise jene Rubrik, unter welcher unser Freund Hein seine Aufwartung zu machen pflegt: „Gestorben“. Welche Summe von Gled, Kummer, Sorgen und Verzweiflung birgt nicht dieses lautmächtige Wort, dem wir eine viel größere Aufmerksamkeit widmen sollten! Aber ach; kaum, daß die letzten Schollen Erde hinuntergepölkert sind, haben wir den lieben Kollegen, dessen Andenken wir stets in Ehren halten, schon vergessen. Wirkliche Trauer existiert höchstens bei den Eltern des Entschlafenen, denen er eine brave Stütze war, oder bei einer jungen Witwe, die einer ungewissen Zukunft überlassen ist. Ist auch noch mit diversen Kindern.

Ist es nicht höchst merkwürdig, daß, während das Tier instinktiv jeder Lebensgefahr möglichst aus dem Wege geht, der Mensch diese oft vollständig ignoriert? Abgesehen von dem Weltgitz Ulls hol umdrängen unsere Gefundheit zahlreiche Feinde, denen wir meist ganz ahnungslos gegenüberstehen. Welche ungeheure Summe von Menschenleben fällt jährlich allein doch der Tuberkulose zum Opfer! Man sollte wohl annehmen, daß wir Buchdrucker als die Pioniere der Arbeiterklasse diesen Wirrgengel, der sich bei unserm Gesundheitschädlichen Verufe nicht wenig Opfer holt, ganz energisch auf den Leib rücken.

Aber wie sieht es hier in Wirklichkeit aus? Wohl hat die staatliche Sechsmaschine nach langen Drängen Vorschriften erlassen, die das Leben und die Gesundheit der in Buchdruckereien und Schriftgiebereien beschäftigten Personen schützen können, wenn sie — eingehalten werden! Aber daran hapert es noch vielfach sehr, sehr. Speziell in den Provinzdruckereien habe ich diesbezüglich traurige Erfahrungen gemacht. Ich habe Lokale angetroffen, die nie naß aufgewischt wurden, geschweige denn einmal geist. Spuchnäpfe stehen, wo vorhanden, mitunter wochenlang ungeräumt da. Dabei soll das erstere sowohl wie das letztere täglich geschehen — so lautet wenigstens die Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 31. Juli 1897. Aber wie vielen Kollegen sind jene Bestimmungen bekannt? Wieviel hängen dieselben verstaubt und verräuchert in irgendeiner dunklen Ecke, und zwar in solcher Höhe, daß ein Lesen unmöglich ist. Dann soll ferner das Lokal jährlich einmal geweißt werden, die Schriftfäßen zweimal jährlich ausgetauscht, und zwar nicht von jugendlichen Personen. Wie steht es denn damit? Viele Jahre können vergehen, bevor hier etwas geschieht; auch werden die Schriftfäßen vielfach von dem jüngsten Stütz ausgebildet, weil die andern sehen müssen. Denn der Prinzipal will Geld verdienen. Und dann die Abort-„Verhältnisse“? Na, vielleicht verzehret du momentar-

beine Bemühung, und so wollen wir lieber nicht drüber reden, obwohl es auch sehr interessant wäre.

Man ist oftmals bemüht, bekannte Redner über alle möglichen Themen zu gewinnen, um die Versammlungen interessant zu gestalten. Warum nimmt man nicht einmal diese Verordnung mit in die Versammlung und ermahnt die Kollegen, dafür einzutreten, daß diese gründlich respektiert wird? In einer größeren Provinzdruckerei, in welcher ich unermüdetlich auf geordnete sanitäre Verhältnisse drang, gab mir ein älterer Kollege allen Ernstes den Rat, mich doch nach einer andern Kondition umzusehen, denn, so meinte der Redner: „bei uns ist es nun einmal so, da läßt sich nichts machen, das liegt an den hiesigen Verhältnissen!“ Ach ja, diese „Verhältnisse“!

In einer andern Druckerei mußte ich sehen, daß die Kollegen die tariflichen Pausen bei überlundenen nicht einhielten, sondern dafür früher Schluß machten, was geradezu einer Körpermishandlung gleichkam, wenn man bedenkt, daß in der Weihnachtszeit oft bis 10, 11 ja 12 Uhr nachts gearbeitet wurde. Das Wesper wurde dann mit schmutzigen Händen während der Arbeit „verdrückt“. Ja, ich mußte es erleben, daß in meiner jetzigen Kondition ein älterer Ziventar Kollege direkt gegen mich Stellung nahm, als ich wegen sanitärer Unterlassungsünden beim Prinzipale vorstellte wurde. Dies dürfte auch erklären, warum derselbe, der sonst in mancher Beziehung kein böser Herr ist, hierin nicht zu befehlen ist.

Doch noch mehr entnütigt wurde ich in meinem Bestreben, als mir in einer Versammlung vom Vorstandstisch aus erklärt wurde, herartige Sachen gehörten nicht in die Versammlung, ich sollte mich an die Fabrikinspektion wenden. Diese läßt allerdings noch viel zu wünschen übrig, denn, obwohl wir hier in einem „Musterlande“ leben, war der Fabrikinspektor in meiner jetzigen Kondition etwas Unbefanntes, obwohl das Geschäft schon über 20 Jahre besteht, so daß, als eines Tags der Herr Fabrikinspektor uns besuchte, sofort mir dieses „Verbrechen“ gutgeschrieben wurde.

Wir sollten unbedingt fest darauf dringen, daß die Fabrikinspektion unabhängig weiter ausgebildet wird, etwa derart, wie in dem trefflichen Artikel in Nr. 30 des „Korr.“ vorgeschlagen wurde. Ist es denn nicht eine Ironie sondergleichen, daß wir zu Hause, wo wir fast nur zum Schlafen sind, Saubereit haben, und auf unsrer Arbeitsstätte, wo wir den ganzen Tag in reger Tätigkeit zubringen, diese nicht selten viel zu wünschen übrig läßt?

Vielleicht funktioniert unsre Tarifrmaschine besser wie die staatliche, die wohl Tuberkuloseausstellungen arrangiert, Kongresse abhalten, Statistiken aufstellen, Tuberkuloseausstufung konstatieren kann usw., wenn es aber gilt, die Theorie in die Praxis umzusetzen, läßt man nach gewisser Seite viel zu große Rücksicht walten. Vergeht jemand einmal, zur bestimmten Stunde sein Trottoir zu kehren, so erhält er sofort einen polizeilichen Strafzettel, läßt jedoch die vorgeschriebene Reinigung in den Druckereien wochen- und monatlang auf sich warten, dann merkt man selten etwas von der Energie der Behörde. Warum? — — —

Darum auf, Kollegen! Helfen wir uns selbst zuerst. Laßt nicht einzelne die Kastanien aus dem Feuer holen, die meist keine Nutznießer von ihrer Mühe haben, da sie sich mit ihrem ewigen „Nörgeln“ und „Geben“ bei der Geschäftsleitung mit der Zeit derart „beliebt“ machen, daß wenn ein solcher Kollege noch ein halbwegs ganzer Kerl ist, er gern seinem Tagebuche den Schluß einer weiteren „bauernden“ Kondition einverleiht.

Darum mühe auch der Verband jene Bestimmung fallen lassen, wonach ein solcher Kollege nur die halben Umzugskosten erhält, weil er seine Stelle „freiwillig“ aufgibt. W.r.

## Gewissen Leuten ins Stammbuch.

Siehe den, der die Massenpsychie kennt, sie bei den verschiedensten Gelegenheiten an verschiedenen Bevölkerungscentren beobachten konnte, der wird wissen, wie auch die Temperamentsunterschiede zwischen Nord und Süd, Westen und Osten beschaffen sein mögen, daß es sich wohl um Mitanen und Schattierungen handeln kann, daß in allgemeinen jedoch die Stimmung der Masse im wesentlichen abhängig ist von der Art, wie die Massensuggestion betrieben wird. An sich ist sie weder zu ver-

werfen, noch entbehrlich. Man kann ihrer im politischen, wirtschaftlichen und auch im gewerkschaftlichen Leben nicht entraten. Aber die Massenbeeinflussung ist immer ein gewagtes Experiment. Geht sie von erfahrenen, mit einem hohen Verantwortungsfühl ausgerüsteten und von großem sittlichen Ernst getragenen Männern aus, wird sie eine juggeftige Macht ausüben, die zum Wohle der Allgemeinheit ausschlagen und moralische Eroberungen bringen wird. Andersfalls aber, wenn der hohle, in Phrasen schwelgende, strupel- und kenntnislose, von allen Gedanken über die Wichtig- und Nützlichkeit seines Tuns befreite Radikalismus ins Zeug geht, dann wird stets eine ganz gewöhnliche Stimmungsmache daraus. Damit kann nur Schaden angerichtet werden, den wieder gut zu machen der Überradikalismus weder gewillt noch fähig ist.

Bei den Buchdruckern hat sich das jetzt wieder recht eklatant gezeigt. So oft und so sehr es auch bestritten worden ist, wir bleiben dabei: das unbefugte Einmischen eines Teils der sozialdemokratischen Presse hat eine schnellere Erlebigung der gegenwärtigen Differenzen nicht nur verhindert, sondern auch deren unbefangene Beurteilung bei unsern Kollegen außerordentlich erschwert. Nicht in allen Orten, aber doch fast überall da, wo ein sozialdemokratisches Blatt die Stunde gekommen glaubte, den rüdfständigen Buchdruckern, den „Tariffanatikern“, vor Augen führen zu müssen, wie tief sie im Unfischen „bei der übrigen Arbeiterklasse“ — dieser Gemeinplatz spielte natürlich wieder eine große Rolle — sinken resp. stehen würden, wenn sie dem Verbandsvorstande, den Gauvorstehern und dem Tarifikomitee jetzt nicht zeigen, was eine Harte ist“. Eine Massensuggestion selbstler Art wurde mit Hochdruck angeblüht — und die „Erfolge“ blieben nicht aus.

In dem Artikel „Unsre Vokalgaue und die Gauvorsteherkonferenz“ (Nr. 78) haben wir des näheren schon über diese trübe Seite des Wirkens von Arbeiterblättern gesprochen und auch in andern Aufsätzen das zum Ausdruck gebracht, was eben über eine solche Verheerung von Augenleiden, aber auch, was über die Unselbstständigkeit der Deutscheit nicht weniger Kollegen zu sagen ist, sowie über ihre Vergleichlichkeit der früheren „Liebesdienste“ von dieser Seite uns Buchdruckern gegenüber.

Anstatt alles mit großer Vorsicht zu gehen, was gewisse Parteiblätter in Buchdruckereigelegenheiten verzapfen, lassen viele Mitglieder immer wieder von diesen ungewissen Beratern sich ins Garn locken. Aus Schaden wird man klug, ist eine alte Regel, die aber leider in der Kollegenschaft nicht allzu reichlich Anhänger hat. Wäre das der Fall, hätte das Feuer dieser Organe für Wahrheit und Recht schnell wieder ausgehen müssen. Aber es ist ja alles wieder vergessen und vergeben! Und nur so ist es zu erklären, daß aus diversen Mitgliedschaften jetzt gar noch Klagen kommen, der „Korr.“ greife die Parteipresse an. Das Verbandsorgan, das pflichtgemäß die Verbandsstatut vertritt und das Organisationsleben nach den Beschlüssen der Generalversammlungen befruchtet, es soll angreifen, wenn es sich in der Defensive befindet, die elementarsten gewerkschaftlichen Grundsätze verteidigt? Eine ganz schlimme Verwirrung der Begriffe, wenn in Versammlungen gesagt wird, der „Korr.“ wäre jetzt wieder im „Reghäuserchen Fahrwasser“. Kollege Reghäuser, der alte Härtel und auch Gafsch bis 1896, sie haben wie alle am „Korr.“ sonst noch tätig gewesen und noch tätigen Kollegen in Verbandsorgane nur schreiben und propagieren können, was die Generalversammlungen unserer Organisation als Verbandsstatut festgelegt hatten. Etwas andres kann es gar nicht geben! Nebenarten wie die gekennzeichneten sind eines erfahrenen Verbandsmitgliedes unwürdig. Die Unerfahrenheit aber möge sich die Reserve auferlegen, die jedem Reulinge zukommt, namentlich in gewerkschaftlichen Streitfragen.

Es paßt übrigens wunderbar, wenn aus unsern Mitgliederzeilen wie auch von den bewußten Außenstehenden der Vorwurf gegen uns erhoben wird, der „Korr.“ greife die Parteipresse und damit doch wohl auch die Sozialdemokratie an, wo der „Typograph“ nicht milde wird, und sogar in seiner Nummer vom 21. Juli noch, den „Radweiss“ zu erbringen, daß das Verbandsorgan nichts weiter als ein Sprachrohr der sozialdemokratischen Partei und von einem Parteiorgan nicht mehr zu unterscheiden ist; Vorgänge wie die in Berlin wären das begriffliche Resultat seiner sozialdemokratischen Erziehungsarbeit! Der Treppenwitz der Weltgeschichte ist doch manchmal überwältigend....

Es ist weiter auch ein prächtiges Zusammentreffen, daß in dem Augenblicke, wo die unter Erörterung stehenden Vorwürfe gegen uns erhoben werden, ein angesehenes Gewerkschaftsorgan gegen das Schreiben eines Teils der Parteipresse wider unsere Organisationsleitung in schärfster Weise vorgeht. Der „Grundstein“, dessen einseitige Stellungnahme zu dem Berliner Konflikt wir schon einmal unsern Lesern als das Verdikt richtiger gewerkschaftlicher Auffassung zu Gemüte geführt haben (Nr. 80), schreibt in seiner neuesten Nummer:

Nach unserer Äußerung zu der Angelegenheit in Nr. 27 haben wir nicht nötig, noch besonders hervorzuheben, daß wir den Standpunkt der Gavourort-Konferenz völlig billigen. Es bleibt uns lediglich noch die unangenehme Pflicht, gegen die Haltung einiger Parteiblätter zu dieser Frage Einspruch zu erheben. (Es folgen hier die aus Nr. 29 bekannten „sachlichen“ Stellungnahmen der beiden sozialdemokratischen Organe in Oberfeld und Solingen. Red. des „Korr.“)

Wir betrachten es nicht allein als eine Pflicht der gesamten Gewerkschaftspresse, gegen diese nichtswürdigen Beschimpfungen den nachdrücklichsten Einspruch zu erheben, sondern sind der Meinung, daß wenn die örtlichen Ausschüsse jener Blätter versagen, der Parteivorstand sich veranlaßt sehen sollte, die betreffenden Redaktionen zur Ordnung zu rufen. Wo soll das hinaus? Wir lassen keine Gelegenheit vorbeigehen, die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter der Partei näher zu bringen, sie zum Lesen der Parteipresse zu bewegen, und dann sollen sich die Gewerkschaften von derselben Presse, für die sie wirken, solche Beschimpfungen gefallen lassen? Es ist gewiß nichts gegen eine Kritik zu sagen, die sich zur rechten Zeit und am rechten Ort um die Förderung der Sache bemüht. Aber ist dies überhaupt noch Kritik? Sicherlich nicht; hier war nichts weiter der Wunsch, als zu beleidigen und zu verletzen. Davor sollten die Gewerkschaften doch wohl geschützt sein.

Aber dieser Fall rückt auch etwas andres ins Licht, nämlich den Abstand, der sich zwischen der gewerkschaftlichen Praxis und dem größten Teile der sozialdemokratischen Tagespublizistik aufgetan hat, und der leider gar keine Miene macht, wieder zu verschwinden, sondern im Gegenteil immer größer wird. Bei jeder neuauftauchenden Frage offenbart sich dieser Abstand. In diesem Falle zeigt sich, daß die letzten sechs bis acht Jahre der Entwicklung des Tarifwesens an dem Teile der Parteipresse, den wir hier im Auge haben, ganz spurlos vorübergegangen sind. Die Probleme, die mit dieser Entwicklung kamen, die uns in den Gewerkschaften aufs ernsteste beschäftigten, weil sie von weitreichenden Konsequenzen für das ganze Wesen der Organisation sind, haben dort so gut wie gar keine Beachtung gefunden, sind sicher nicht auch nur annähernd gebührend gewürdigt worden. Man steht dem Wesen des Tarifvertrags, besonders in seinen entwickelteren Formen, mit sehr geringem Verständnis gegenüber, und was noch schlimmer ist, man will aufeinander auch nicht zum Verständnis dieser bedeutsamen Erscheinungen kommen. Die skandalösen Klüppelien der beiden genannten Blätter sind zwar in ihrer Form Ausnahmen, aber der Geist, aus dem sie geboren sind, herrscht auch noch in mancher andern Zeitung, die sich zwar in der Form weniger schroff ausdrückt, der aber ebenfalls die Kraft zum Erkennen der Notwendigkeiten fehlt. Diese Tatsachen sind uns nicht erst heute zum Bewußtsein gekommen, aber sie mußten jetzt einmal ausgesprochen werden.

Der „Grundstein“ erwidert ein Verdienst mit diesem energischen Auftreten. Ganz richtig schätzt er den radikalen Teil der sozialdemokratischen Presse als verständnislos in bezug auf die Tarifverträge ein, und er sagt nicht zu viel, wenn er von einer bewußten Verständnislosigkeit dieser Blätter spricht. Ja, sie wollen nicht, denn: die ganze Richtung paßt uns nicht! Ultraradikalismus und Tarifvertragswesen sind eben zwei unvereinbare Dinge.

Die Gewerkschaften haben aber allen Anlaß, sich das Durchkreuzen ihrer Taktik und Organisationspraxis von solchen rabulistischen Stimmungsmachern auf das entschiedenste zu verbitten. Es wäre Eisyphusarbeit im schlimmsten Sinne, wenn gewisse Leute in ihrem natürlichen oder gewollten Unverständnis, aus Großmännlichkeit oder Kränklichkeit bei der nächsten Gelegenheit, wo eine Gewerkschaft vor neuen oder schwierigen Fragen steht, sie mit inneren Konflikten ihre liebe Not hat, daher kommen dürfen und der Masse nicht etwa zur Hilfe reden, sondern an Eigenschaften und Instinkte appellieren, die nicht die besten sind.

Da würde ja alles zertrümmert werden, was die Organisationsleitungen nach reiflichsten Erwägungen für zweckmäßig und verbandsfördernd halten, wofür sie aber ihre Grübele nicht über die Dächer schreien können. Es ist genugsam bekannt, daß gerade in den Redaktionen der radikalen Parteiblätter häufig Leute sitzen, die verdammt wenig vom Gewerkschaftswesen verstehen, geschweige denn vom Tarifvertrag und seinen Problemen, die aber dessen ungeachtet ihre Federn in Bewegung setzen, wenn „etwas Los“ ist. Die Gewerkschaften sind keine Freunde der Politik des ungeordneten Spielens; wären sie das, könnten sie oft genug ein Wortlein dreinreden, wenn die Schlägen zwischen Revisionismus und Radikalismus geschlagen werden. Weil sie sich aber bei solchen Schwierigkeiten innerhalb der sozialdemokratischen

Partei passiv verhalten, verlangen sie im umgekehrten Falle die gleiche Reserve, ein ebenso korrektes Verhalten! Warum geht es denn bei den andern Blättern der politischen Arbeiterpresse? Da brachte z. B. die „Dresdner Volkszeitung“ dieser Tage folgende Briefkastennotiz: „Scher betreffend. Wir sind der Ansicht, daß es Sache der betreffenden in Frage kommenden Organisation, also in diesem Falle des Buchdruckerverbandes, selber ist, ihre Angelegenheiten zu regeln. Wir haben, soweit der Fall allgemeines Interesse beanspruchte, darüber berichtet, ebenso wie über die Stellung der größeren Druckorte. Über die Stellungnahme der Dresdner Buchdrucker wie des Dresdner Gautags haben wir in der Nummer vom 10. Juli berichtet.“ In Dresden geht die Welt trotzdem nicht zugrunde, in Leipzig aber beansprucht man es als sein „Recht“, sich in die inneren Angelegenheiten unserer Organisation zu mischen, d. h. unsere Mitglieder topfisch zu machen und gegeneinander zu hegen, indem der Verbandsvorstand, die Gavourort, das Tarifamt und der „Korr.“ heruntergerissen und ihre Autorität systematisch untergraben wird. In andern Orten wird es ebenso getrieben. Und da finden sich noch Verbandsmitglieder, die diesen Parteiblättern Dank und Anerkennung zollen für die erfahrene „Aufklärung!“ Wir leben fürwahr in einer ganz verirrten Welt! Die für das Geschick der Organisation verantwortlichen Personen lassen auf keinen Fall die Dinge so weitergehen! Es muß sich zeigen, ob denn die betreffenden sozialdemokratischen Blätter sich ungehindert und ungestraft an unsern Verbände wie an den Gewerkschaften im allgemeinen verständig dürfen.

Der „Grundstein“ sagt auch ganz richtig, daß es sich nicht um die „nichts-würdigen Beschimpfungen“ und die „skandalösen Klüppelien“ der Blätter in Oberfeld und Solingen allein handelt. Weniger plump und ellbogenstark, in der Wirkung aber ebenso gefährlich und gewerkschaftschädigend operieren auch noch andre Parteiorgane. Sie sind ebenfalls toujours en vedette, wenn es sich darum handelt — „falsche Staatsaktionen“ zu injizieren oder sich an ihnen zu beteiligen.

Das Verbandsorgan der Maurer hat das erlöbende Wort gesprochen, indem es nach dem Parteivorstande rief. Dieser wird nicht umhin können, dem Einsatz zu gebieten, daß Arbeiterblätter gegen Arbeiterorganisationen und andre Arbeiterblätter sich nach Belieben austoben dürfen. Die Generalkommission wird ihrerseits wohl auch ein gewichtiges Wort dabei mitsprechen. Warten wir also ab. Und in der Hoffnung, daß etwas Nachhaltiges geschieht, werden wir, nachdem im folgenden noch ein schwachhaftes Kompottgericht aufgetragen ist, eine abwartende Haltung in dieser Beziehung einnehmen.

## Die „Leipziger Volkszeitung“!

Eduard Bernhein nannte vor etwa vier Jahren Leipzig das Zentrum des Radikalismus. Es wäre jedoch falsch, wollte man in jedem Leipziger Arbeiter einen unwirlichen, verhassten oder laut tobenden Radikalisten sehen. Diese Spezies bildet vielmehr auch in Weiskathen nur die Ausnahme. Der Leipziger Typus ist ja gar nicht so ungebärdig, hat eher Spielereien und etwas kleinstädtischen Horizont mit einem ansehnlichen Einschlag guten hausbackenen Humors.

Nun gibt es aber in dem recht Beweglichen und als Weltplatz ja weit und breit bekannten Leipzig ein Blatt, das zur politischen Interessenwahrnehmung der Arbeiterschaft bestimmt ist, diesem Zweck auch früher, in der Periode der in Sachen ja besonders stark in die Erscheinung getretenen sozialistenfeindlichen Tendenzen, gut gedient hat. Das Sozialistengesetz wurde in das alte Gesicht geworfen und das Leipziger sozialdemokratische Organ bekam dadurch mehr Mitleidfreiheit: die „Leipziger Volkszeitung“ jegigen Stils entstand. Nun war Leipzig diesem Blatte zu klein. Schönland, Mehring, Faech und gegenwärtig Lensch — der Erst- und der Drittanannte sind bereits verstorben — als leitende Redakteure verstanden es, dem Leipziger Organe „für die Interessen des gesamten werktätigen Volks“ eine gewisse Bedeutung zu geben, wobei ihnen ein großer Redaktionsstab sowie eine sehr ausgeübte Mitarbeiterarbeit dienlich war.

Die „Leipziger Volkszeitung“ hat das ihr immer vorschwebende Ziel, dem Zentralorgane der sozialdemokratischen Partei über zu sein, jedoch in einer Weise zu erreichen versucht und zum Teil auch zu erreichen verstanden, die weder schön noch die Interessen des Proletariats förderlich zu nennen ist. Es wurde und wird in den Spalten dieses sich als Zentralorgan hinführenden Parteiblattes ein ganz über Radikalismus getriebene, die Massenuggestion, von der wir im vorausgehenden Artikel sprachen, in Gestalt der elendesten Stimmungsmache kultiviert. Über alles wird eine gepfefferte radikale Sauce gegossen, der erfahrene und denkfähige Männer die Anrichtung mit unehelichen Zutaten schon von weitem anmerken. Der Appell an die schwierige Faust feiert in der „L. V.“ wahre Triumphe, die um so mehr anwachsen, als sie meistens von Leuten ausgehen, die ihrem ganzen Herkommen nach vom wirklichen proletarischen Empfinden keine blasse Ahnung haben, die auch jetzt noch so tief in bürgerlichen oder schon mehr aristokratischen Gesinnungen stecken, daß man sie bestenfalls als Amateuropoletarier gelten lassen kann. Leipzig hat seinen Namen durch seine Messen. Auf Schaumäcken gibt es vielen Land und viel Talinwäre. Es kommt alles auf den Ausschleier an; versteht der sein Metier, geht auch das Geschäft. Denn die Masse läßt sich durch tönenden Phrasenschwall immer bestechen; je lauter, je besser. So ist es draußen auf den

Bindener Wiesen, dem Leipziger Messplatz, wo die wilden Männer aus irgendeinem erotischen Lande mit ihrem Geschliffe stark an Neuschönfelder Abstammung erinnern, und so ist es auch in der Tauchaer Straße zu Leipzig, wo der Radikalismus en masse fabriziert wird, und das zwar überwiegend von Leuten, die ebenso gut zu schreien verstehen als die Unsrer draußen auf dem Messplatz, und deren proletarisches Empfinden nicht minder echt ist wie die Hautfarbe der wilden Männer aus Neuschönfelder auf der Leipziger Messe. So sieht es in Wirklichkeit mit dem „großen Wasbalg für Gewissensfeuer“ aus, wie Vollmar auf dem Dresdner Parteitage vor acht Jahren über die „L. V.“ spottete.

Die „Leipziger Volkszeitung“ krakelt mit aller Welt, mit Freund und Feind. Die Wäckerberger, die Badenfer, der sozialdemokratische Parteivorstand, die revisionistischen Parteiblätter und natürlich die bekannteren Revisionisten erst recht, ja kürzlich sogar der frühere leitende Redakteur Mehring — alles muß ans Messer. Mit den Gewerkschaften wird noch weniger sanft umgegangen.

Kein Mensch denkt daran, der „L. V.“ zu verbieten, über gewerkschaftliche Vorgänge zu berichten. Wie geht die gesamte Presse die Vorkommnisse bei den Buchdruckern bespricht, und zwar mit verschwindenden Ausnahmen von den bürgerlichen Blättern in durchaus objektiver Weise, so steht auch ihr ein Recht darauf zu. Wenn die „L. V.“ aber in ihrem Titel die Vertretung der Interessen „des gesamten werktätigen Volks“ versteht, so darf sie diese Aufgabe nicht so erfüllen, daß sie damit bei den Gewerkschaften auf den schärfsten Widerspruch stößt. Es gibt wohl keine Organisationsleitung und keine Gewerkschaftsredaktion, die nicht von der „L. V.“ angegriffen und bekämpft worden wären — oft in geradezu überheblicher Weise — und von den gewerkschaftlichen Organisationen ist schwerlich eine von den berühmten Stellungnahmen der „L. V.“ verschont geblieben; allen hat sie die Kreise schon stark gefürt. Dafür hat sie aber den Lokalfisten am längsten die Stange gehalten und sie erst dann fallen lassen, bis ihr nur die Wahl blieb, endlich mit diesen raubulistischen Halb-anarchisten zu brechen oder einen Slat zu riskieren. Die Lokalfisten haben der „L. V.“ denn auch ein großes Maß von Dankbarkeit bewahrt; sie allein wird von ihnen in von den andern Parteiblättern abweichender, d. h. anerkennender Weise zitiert. Das sagt wohl genug.

Unlängst hatte das Leipziger Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volks erst den Funktionären des Metallarbeiterverbandes in Stuttgart exemplifiziert, wie wenig es der selbst gewählten Devise gerecht zu werden vermag. Es wurden da nach Stuttgart hanebliche Dreckschleudereien gerichtet, worauf unser bawurisch veranlagter Freund Scherm in der „Metallarbeiterzeitung“ aber die nötige Antwort nicht schuldig blieb. Wir wissen, daß diese Utacten der „L. V.“ keine Freunde bei den Metallarbeitern gewährt haben, daß es vielmehr in Leipzig, am meisten dieserhalb gärt. Und wie es die „L. V.“ verstanden hat bei den Metallarbeitern, so ist es ihr gelungen, auch bei den übrigen Gewerkschaften in Leipzig gehörig anzukommen. Man steht in Weiskathen in Gewerkschaftskreisen vor der Frage, die vor Jahren einmal der „Grundstein“ aufwarf: „Soll eine zbeliebige Literatengruppe das Recht haben, sich über all das, was die Arbeiterbewegung in ihrer Gesamtheit will, mit frecher Verachtung hinwegzusetzen?“ Und man wird sie zur Lösung bringen! Was die „L. V.“ zur Ablenkung des Weltiters auch noch so oft und noch so abgefeimdemagogisch den Appell an die schwierige Faust dagegen ausspielen.

Alles, was die „L. V.“ andern Gewerkschaften angetan oder gegen die Interessen der eignen Partei gesündigt, ist jedoch ein Kinderpiel gegen die den Buchdruckern gegenüber verübten Schändlichkeiten. 1896 war sie die Stütze der Opposition, die Taufpatin und die Pflegemutter der „Gewerkschaft der Buchdrucker, Schriftgießer und verwandten Berufsgenossen Deutschlands“ geheißenen Absplitterung vom Verbands. Was wäre nicht auf diese Bahn gekommen, wenn er nicht von der „L. V.“ betört worden wäre. Was dieses Blatt während des mehrjährigen Kampfes um die Tarifgemeinschaft an unserer Organisation an Baumfrevel verübt hat, kann nicht vergessen, geschweige denn vergeben werden. Zehn Jahre später, bei unserer letztmaligen Tarifverneuerung, kam dann für die „L. V.“ wieder eine große Zeit. Die dazwischen liegende Periode wurde selbstredend „auf das angenehmste ausgefüllt“. Was konnte man 1906 nicht alles in der „L. V.“ lesen? Hier nur eine Probe: Die Buchdrucker haben durch freiwilligen Kontrakt sich und ihr Geschlecht in die Sklaverei verkauft. . . . So muß die Buchdruckerorganisation, die innerlich immer fauler und mörcher geworden, am Ernstfalle zusammenbrechen“. Die „L. V.“ feierte damals fröhliche Orgien der Verhöhnung der Buchdrucker und im Herunterreißen ihrer Führer. Den einen Tag wurden die Köpfe des Verbandsvorstandes auf Stangen aus den Fenstern in der Tauchaer Straße gesteckt, am andern mußte der Leipziger Gavourort zu dieser Fensterdekoration dienen, am dritten konnte die Menge die Köpfe der Beschäftigten zum warnenden Exempel schauen, am vierten baumelten die Skalpe der Redakteure des Verbandsorgans im Wind, und so weiter mit Grazie. Die „L. V.“ trieb es so toll, daß in einer stark besuchten Versammlung die Leipziger Kollegenhaft damals fast einstimmig ihre „Entzückung über die heimtückischen und gemeinen Verhöhnungen in bezug auf unsere diesjährigen Tarifverhandlungen“ aussprach: Die Versammlung ist davon überzeugt, daß die „L. V.“ wider besseres Wissen nur „darum eine solche der Wahrheit ins Gesicht schlagende Berichterstattung ge-



wählt hat, um eine Spaltung innerhalb der hiesigen Arbeiterchaft herbeizuführen. Die jahrelangen schärferen Verdächtigungen und Schmähungen, mit denen durch die „A. W.“ die Buchdrucker den anderen Gewerkschaften gegenüber bedacht wurden, sind Beweise genug dafür. Das war sehr deutlich, sehr zutreffend, aber geholfen hat es nicht. Zwei Jahre später (1908) sahen sich die Leipziger Kollegen genötigt, in einer von über 3000 Mitgliedern besuchten Versammlung nochmals in der schärfsten Weise vorzugehen und zu resolvidieren, daß derartige Bestesergebnisse nur der Ausfluß eines kranken Geistes oder des fanatischsten Hasses sein können. Es gehört ein guter Magen dazu, diese kräftige Hausmannskost zu verdauen; aber in der Tauchaer Straße kann man noch mehr. Der Ruhm der „A. W.“ bei der gesamten deutschen Kollegenchaft ist darum unbegrenzt. Selbst den radikalsten Berliner Kollegen überläßt eine Gänsehaut, wenn er nur den Namen dieses Blattes nennen hört.

Es hat Kollegen gegeben, die da meinten, im Jahre 1911 würde die „A. W.“ doch wohl gehen, daß sie aus diesen unheimlichen Abfuhren gelernt habe. Ja, Suchen! Wir behielten recht, sie kam wieder; die Berliner Vorgänge ließen sie gar nicht bis zu den Tarifverhandlungen warten. Im Ton allerdings nicht mehr so rüde als früher, weil die „A. W.“ inzwischen wahre Sturzäder von Kopf bis zu den Füßen erhalten hatte, nicht zuletzt auf den sozialdemokratischen Parteitag. Zum Beispiel erklärte in Nürnberg unser Kollege, der Reichstagsabgeordnete Hildebrand, daß „jeder anständige Mann in der Arbeiterbewegung von der „A. W.“ angepöbelt wird“. Im Effekt kommt aber die Befandlung unserer jetzigen Angelegenheit auf dasselbe hinaus.

In ihrer Nummer vom 8. Juli brachte dann die „A. W.“ einen Bericht über die tags zuvor stattgehabte Leipziger Mitgliederversammlung, den wir in Nr. 78 des „Korr.“ nach Gebühr würdigten. Am 19. Juli erschienen in der „A. W.“ darauf ein Artikel, der zu einem Teile schon in der vorigen Nummer von uns abgetan wurde, mit dem Reste soll es hiermit geschehen.

Wir legten in Nr. 78 den Schwerpunkt unserer Kritik auf die Tatsache, daß die am 7. Juli in Leipzig angenommene Resolution in der „A. W.“ an zwei Stellen nicht mit dem Original übereinstimmt. Die „A. W.“ setzt sich nun aufs hohe Ross, brachte beide Resolutionen in Wortlaut und verklärt triumphierend, daß es mit dem Demagogensstücklein des „Korr.“ über die „angeblich gefälschte Resolution“ (welche Behauptung aber gar nicht von uns aufgestellt worden ist) nichts sei. Nun wollen wir unsern Lesern zeigen, welche journalistischen Gepflogenheiten in der „A. W.“ herrschen, indem wir die Leipziger Resolution nach dem Wortlaute des „Korr.“ und der „A. W.“ nebeneinanderstellen.

<p>Die am 7. Juli in Leipzig stattgehabte Mitgliederversammlung der Leipziger Buchdrucker und Schriftsetzer ergab folgende Beschlüsse der Gewerkschaftskonferenz:</p> <p>Sie kann sich jedoch mit denselben nicht einverstanden erklären. Wohl steht auch sie auf dem Boden der durch die hannoversche Generalversammlung festgelegten Verhandlungsregeln und muß darum jedweden Tarifstreik als entschieden verurteilen. Sie empfindet aber die Haltung der Tarif- und Verbandsinstanzen als einen Bruch mit den bisherigen Anschauungen und Gepflogenheiten der Interessenwahrung der Arbeiterchaft.</p>	<p>Die am 7. Juli in Leipzig stattgehabte Mitgliederversammlung der Leipziger Buchdrucker und Schriftsetzer ergab folgende Beschlüsse der Gewerkschaftskonferenz:</p> <p>Sie kann sich jedoch mit denselben nicht einverstanden erklären. Wohl steht auch sie auf dem Boden der durch die hannoversche Generalversammlung festgelegten Verhandlungsregeln und muß darum jedweden Tarifstreik als entschieden verurteilen. Sie erklärt aber in dem Verhalten der Verbands- und Tarifinstanzen einen Bruch mit den bisherigen Anschauungen und Gepflogenheiten der Interessenwahrung der Arbeiterchaft.</p>
------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Wenn die „A. W.“ diese Resolution eingelesen, durchschaffen und einzelne Sätze in Fettdruck brachte, so bedeutet das nach allgemeiner Auffassung eine wortwörtliche Zitierung. Bei diesem Blatte muß aber eine besondere Zitierungskunst geübt und als die richtigere angesehen werden. Einmal bringt sie eine Veranschaulichung zuungunsten ihres Standpunktes hinein; in der Hauptsache aber macht sie aus einem bloßen Empfinden die bestimmte Konstatierung der Versammlung: Sie erklärt. Ist das nicht ein ganz wesentlicher Unterschied, nicht eine „ganz nette Verschärfung“ (wie wir schreiben) in dem wichtigsten Punkte des in Leipzig gefällten Urteils über die Verbands- und Tarifinstanzen? Ist man in der Tauchaer Straße so begriffstübig, oder nimmt man das von unsern Leipziger Kollegen an? Ein solcher Wuff steht der „A. W.“ ganz ähnlich. Er ist ebenso stark als die weitere Behauptung, der Versammlungsbericht im „Korr.“ besage nahezu dasselbe, als was die „A. W.“ berichtet. Wir wollen das „Nabequ“ nicht näher prüfen, sondern nur bemerken, daß sich unsere Kritik dagegen richtete, daß die oppositionellen Redner im Berichte der „A. W.“ weit besser fort kamen als die, von deren Seite der Versammlung eindrucklich vor Augen geführt wurde, welches die richtige Stellungnahme für jedes disziplinierte Verbandsmitglied sein müsse in dieser Angelegenheit. Die Ausführungen der Kollegen Gräbner, Mlyan und Hesselbarth (Schlußwort) sind ganz besonders schlecht in der „A. W.“ weggekommen. Ganz und gar konnte der Bericht im „Korr.“ ja nicht anders ausfallen, denn sonst wäre der „A. W.“ ja purer Schwundel gewesen!

Das Schöne an dieser Erwiderung der „A. W.“ ist jedoch das, was nicht darin steht. Mit einer wunderbaren Eleganz geht man über die Tatsache und unsern Hauptvorwurf hinweg, wieso überhaupt ein Bericht über diese Versammlung in der „A. W.“ erscheinen konnte; warum ihr Berichterstatter die in Leipzig übliche Aufstands-

pflicht nicht gewahrt hat, sich beim Gauvorstande zu melden und dessen Genehmigung zu einem Bericht einzuholen. Davon steht in dem aufgeblasenen Geschreibsel kein Wort! Ob der vom Lokalkomitee zum Reporter „annancierte“ Berichterstatter der „A. W.“, der aus der Zeit der verflorenen Gewerkschaft bei den Leipziger Kollegen nicht das beste Ansehen genießt, im Auftrage seiner Redaktion oder aus eigenem Antriebe gehandelt hat, bleibt sich gleich, unfair handelte er auf alle Fälle. Er schwerend ist, daß er Mitglied unserer Organisation ist und ganz genau weiß, daß eine solche Berichtserstattung nicht den Interessen des Verbandes dient, sondern geeignet ist — und jedenfalls auch dazu bestimmt war —, den Arbeitern der anderen Gewerbe einmal wieder die Buchdrucker in einem abschredenden Bilde zu zeigen. Wo kommen wir hin, wenn jedes beliebige Mitglied über unsere geschlossenen Vereinsversammlungen in der Tagespresse berichten wollte? Das könnte ja zu netten Zuständen und zu Schädigungen unserer Organisation führen, gegen die eventuell mit den Mitteln des Verbandsstatuts vorgegangen werden müßte. Der Leipziger Gauvorstand ist auch gar nicht gejonnen, diesen Streich so hingehen zu lassen, sondern hat Beschwerde bei der Preßkommission eingelegt und auch sonst die Angelegenheit zur Sprache gebracht.

Die Leipziger Volkszeitung wird aber zu ihrem größten Schmerze jetzt die Wahrnehmung machen müssen, daß ihre ehlen Absichten (über die vor einigen Jahren schon das „Korrespondenzblatt“ schrieb: „Die Redaktion eines Parteiblatts aber, die einer Gewerkschaft in solch kritischer Situation dazwischen fährt, die die Wut der Opposition zu hellem Feuer anfacht, das die ganze Organisation gefährden kann, handelt geradezu unverantwortlich!“) und die „Metallarbeiterzeitung“: „Die „A. W.“ scheint aber zu fürchten, daß ihre Rolle in der Arbeiterbewegung ausgepielt ist, wenn es einmal nicht mehr zu stärken gibt“, sowie der „Grundstein“: „Das ganze eines Arbeiterblatts unwürdige Geleise verfolgt den Zweck, die Mitglieder des Buchdruckerverbandes gegen die Verbandsleitung aufzuheben. Geboren wird diese Absicht aus dem wildenden Hasse gegen alles, was nicht den sinnlosen Wortradikalismus dieser Leute mitmacht“) auch diesmal glänzlich bei den Buchdruckern zuspanden werden. Noch in ihrer Nummer vom 21. Juli berichtete sie in der ausführlichsten Form, in Sperfah und teilweise Fettdruck über die Berliner Versammlung vom 19. Juli, als ob dort von neuem der Sturm losginge. Weit geht! Die Berliner Kollegenchaft sieht sich wirklich nicht bemüht, noch länger der „A. W.“ als Manonfenutzer zu dienen. Sie wird den Herrschaften in der Tauchaer Straße einen bösen Strich durch die Rechnung machen und der Gewerkschaft die Freude bereiten, mit ihr nun wieder an einem Strange zu ziehen.

Daß auch bei dieser Affäre die „A. W.“ wieder als blamierter Europäer den Platz verlassen muß, ist ihre Schuld. Sollte es ihr im Herbst wieder gehen, wird dieser zweifelhaften Ruhme gelassen, dann nur zu. Den „Korr.“ wird sie aber auf dem Plane finden! Wir streichen nicht die Segel vor diesen Wortalteten und Kreuzzugern, sondern werden noch darüber aufreten. Wer unsere Organisation schädigt, gegen den entfällt eben jede Rücksicht.

## Korrespondenzen.

**Altenburg.** Zu der am 11. Juli abgehaltenen Versammlung hatten sich die Mitglieder in Anbetracht der wichtigen Tagesordnung sehr zahlreich eingefunden. Auch waren Vertreter der auswärtigen Bezirksdruckorte erschienen. Der wichtigste Punkt der Tagesordnung war die Berichtserstattung über die Bezirksvorsteherkonferenz in Weimar. Diese war im Anschluß an die Konferenz der Gauvorsteher einberufen worden, um hauptsächlich den Bericht über die letztere entgegenzunehmen und ihre Stellung zu den Berliner Vorgängen und zur Resolution der Gauvorsteher zu dokumentieren. Den Bericht über die Bezirks- und damit zugleich über die Gauvorsteherkonferenz erstattete der Vorsitzende Sturm in sachlicher Weise. An den Bericht schloß sich eine lebhafte Diskussion an, die alle Punkte der Berliner Vorgänge berührte. Am Schluß wurde die Gauvorsteherresolution gegen elf Stimmen angenommen. Die Versammlung war erfreut darüber, daß auf der Bezirksvorsteherkonferenz Kollege Prox (Weimar) einstimmig zum Gauvorsteher gewählt wurde. Zur Tarifrevision wurden seitens der örtlichen Tarifkommission sowie von einigen Mitgliedern noch verschiedene Anträge gestellt und zum größten Teile von der Versammlung angenommen. Zu der am 6. August in Halle stattfindenden Kreisversammlung wurden drei Mitglieder (zwei vom Ortsverein Altenburg und einer vom Ortsverein Meuselwitz-Quada) delegiert. Einer von Ortsvereine Gewerkschaften Einladung zu einem demnächstigen gemeinsamen Ausflug wurde freudig zugestimmt. Als Ausflugsziel soll den Gewerkschaften Klonneburg vorgeschlagen werden.

**Fürstentum (Spreewald).** Am 15. Juli hielt unser Ortsverein eine außerordentliche Generalversammlung ab. Der Besuch war ein mittelmäßiger. Der Vorsitzende Wegner erstattete dann in ausführlicher Weise den Bericht vom Goutag in Rowawes. So gut der Referent sich auch seiner Aufgabe entledigte, so wenig fand der Verhandlungsmodus auf dem Goutag Anklang bei den Mitgliedern. Es wurde schließlich eine Resolution angenommen, in der um Aufklärung eines Widerpruchs betreffs der Zuteilung des Orts Referendats bei Fürstentum wurde ersucht. Bei den vorgenommenen Statutenänderungen wurde als Versammlungstermin anstatt wie bisher der erste Sonnabend nach dem Ersten jedes

Monats, der erste Sonnabend nach dem Fünfzehnten festgesetzt; ferner wurde eine Verlegung des Vereinsjahres vorgenommen, das jetzt von Januar bis Dezember, statt von Oktober zu September läuft. Auch wurde ein Beschluß gefaßt, daß nur die Versammlungen beschlußfähig sind, die von mindestens einem Viertel der Mitglieder besucht sind.

**Hagen i. W.** Die am 15. Juli abgehaltene Monatsversammlung hatte einen recht guten Besuch aufzuweisen; ein Zeichen, daß die Kollegen das Interesse für Vorgänge innerhalb der Organisation noch nicht ganz verloren haben. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten wandte man sich dem Hauptgegenstand der Versammlung zu: „Bericht von der Bezirksvorsteherkonferenz“. Kollege Lorenz schilderte in eingehender Weise den Verlauf der Beratungen im Falle der Berliner Notationsmassenmeister. Er gab der Versammlung ein klares Bild von dem Gange der Verhandlungen mit dem Personal und der Firma Scherl und bewies, daß die in Betracht kommenden Instanzen infolge der ständigen Weigerung der Notationen, sich dem Spruche des Tarifsants zu fügen, nicht anders handeln konnten wie gefahren. Das Verhalten eines Teils der Parteipresse, besonders aber der hier ihren Verbreitungsbereich habenden „Freien Presse“ wurde vom Referenten scharf verurteilt. Anzuerkennen sei die Haltung des Gewerkschaftskongresses, der es ablehnte, sich mit der Angelegenheit zu befassen. Nach lebhafter Diskussion erklärte sich die Versammlung mit großer Mehrheit für die Resolution der Gauvorsteherkonferenz. Zu der demnächst stattfindenden Bezirkskreisversammlung wurde beschlossen, eine Delegation zu entsenden. — Das Johannisfest feierte die hiesige Kollegenchaft am 25. Juni. Es nahm einen guten Verlauf. Die benötigten Drucksachen wurden von den Firmen Bad & Krüger und Buhg kostenlos hergestellt, und sei denselben auch an dieser Stelle für ihr Entgegenkommen beifens gebant.

**Zena.** (Vierteljahrsbericht.) Wurde in der Versammlung vom 2. Juni der Bericht über die Generalversammlung, in vorzüglicher Weise erstattet vom Kollegen Reichmann (Naumburg), entgegengenommen und konnte hier der Vorsitzende das Einverständnis der Zenaer Kollegen mit den Beschlüssen der Generalversammlung konstatieren, so hatten wir dann am 14. Juli Gelegenheit, vom Kollegen Währinger einen ausführlichen Bericht über die Bezirksvorsteherkonferenz zu hören. Der Bericht erstreckte sich namentlich auf eine Wiedergabe der Verhandlungen der Gauvorsteherkonferenz. Auch hier konnte festgestellt werden, daß der Zenaer Ortsverein mit verschwindenden Ausnahmen die Resolution der Gauvorsteherkonferenz über die Berliner Vorgänge anerkannte, nur über Kleinigkeiten wurde eine kurze Aussprache gepflogen. — Die Feier des Johannisfestes am 24. und 25. Juni verlief zu allgemeiner Zufriedenheit.

**h. Boblenz.** In der Monatsversammlung am 15. Juli gab der Vorsitzende, Herr, einen ausführlichen Bericht über die Bezirksvorsteherkonferenz in Köln, wobei auch die Berliner Vorkommnisse eingehend erörtert wurden. Nach anschließender reger Debatte gelangte folgende Resolution fast einstimmig zur Annahme: „Die Versammlung stimmt nach Anhörung des Berichts über die Gauvorsteherkonferenz in Berlin und die Bezirksvorsteherkonferenz in Köln der dort gefaßten Resolution zu.“ Zur Teilnahme an der Versammlung des Tarifkreises II am 30. Juli in Köln wurden zehn Kollegen gewählt. Ein Antrag auf Herabsetzung des Ortsbeitrags von 10 auf 5 Pf. wurde abgelehnt.

**Magdeburg.** Die am 17. Juli abgehaltene Versammlung war von etwa 300 Kollegen besucht. Eingang der Beratungen teilte der Vorsitzende mit, daß entgegen den andern Tagungen in Rücksicht auf den Gau Osterland-Zhüringen die Versammlung des Tarifkreises VI erst am 6. August in Halle stattfinden wird. Dies ist der letzte Termin zur Stellung von Anträgen. Die in einer früheren Versammlung angenommenen Anträge wurden den Kollegen als Grundlage für ihre endgültigen Forderungen empfohlen. Außer dem Vorstande wurden noch 13 Kollegen vorgeschlagen, die an der Versammlung in Halle teilnehmen werden. Großes Interesse nahm das darauf folgende Referat des Gauvorstehers König (Halle) über die am 3. und 4. Juli stattgehabte Gauvorsteherkonferenz in Anspruch, die sich mit den bedauerlichen Vorkommnissen in Berlin zu beschäftigen hatte. In zweistündigen Ausführungen rollte der Referent nochmals die ganze Vorgeschichte mit ihren Begleiterscheinungen der unliebsten Vorgänge auf. Er erachtete es für selbstverständlich, daß wenn die Beschlüsse durch die Tarifgemeinschaft sich Geleise geschaffen hätten, sie diese auch befolgen müßten. Was man unter einem abgeschlossenen Tarife von den Arbeitgebern unter keinen Umständen dulden würde, das dürfe sich aber auch der andre Kontrahent nicht herausnehmen. Die oberste Instanz, die Generalversammlung, habe sich leider gezwungen gesehen, in Hannover eine dementsprechende scharfe Resolution anzunehmen, und diesem Beschlusse müsse im Interesse des Ansehens unserer Organisation Geltung verdrast werden. Das Tarifsamt habe nicht anders entscheiden können. Die Solidarität müsse in dem Augenblick aufhören, in dem das Einzelinteresse über das Gesamtinteresse gestellt werden soll. Zum Schluß wies der Referent darauf hin, daß sich der Organisationsvertrag wieder einmal glänzend bewährt habe. Er ersuchte, sich mit der von der Gauvorsteherkonferenz gefaßten Resolution einverstanden zu erklären. In der nun einsetzenden Diskussion erklärten sich verschiedene Kollegen mit den Maßnahmen der Tariforgane einverstanden, andre wieder wandten sich dagegen. Schließlich wurde nach einem Schlußworte des Kollegen König folgende Entschlußung

angenommen: Die am 17. Juli im Sachsenhof tagende Versammlung des Ortsvereins Magdeburg kommt nach Anhörung eines Referats über die am 3. und 4. Juli stattgehabte Gewerkschaftskonferenz zu dem Ergebnisse, daß die Konferenz durch ihre Resolution die Maßnahmen getroffen hat, die nötig waren, um das Ansehen des Verbandes zu wahren gegenüber den bedauerlichen Vorgängen in Berlin." Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten erfolgte darauf Schluß der Versammlung.

**Raumburg.** Die am 12. Juli abgehaltene, von 112 Mitgliedern besuchte Versammlung nahm, nachdem einige interne Sachen erledigt waren, Stellung zu den Berliner Vorgängen. In den Bericht des Vorsitzenden über den Verlauf der Bezirksvorsteherkonferenz schloß sich eine sehr ausgedehnte Debatte, in welcher die meisten Redner den Disziplinbruch in Berlin entschieden verurteilten und die Annahme der Gewerkschaftsresolution empfahlen. Ein Redner kritisierte noch die Schreibweise des Heizer „Volksboten“, welcher nicht objektiv über die Vorgänge berichtet habe. Hierauf wurde folgende eingebrachte Resolution gegen 16 Stimmen bei einer Anzahl Stimmenthaltungen angenommen: „Nach eingehender Diskussion der Berliner Vorgänge erklärt sich die heutige Versammlung mit der Resolution der Gewerkschaft einverstanden.“ Nachdem wurde beschlossen, jedem am 6. August an der Kreisversammlung in Halle teilnehmenden Kollegen 2 Mk. Fahrgeld zu bewilligen.

**R. Neuß a. Rh.** In der am 15. Juli abgehaltenen Monatsversammlung, die sich eines fast vollständigen Besuchs erfreute, gab der Vorsitzende Gallas einen ausführlichen und von der Versammlung mit großem Interesse verfolgten Bericht über den unliebsamen Berliner Konflikt und legte seine Ansicht in Gestalt einer Resolution vor, die nach einer sehr sachlich verlaufenden Diskussion von der Versammlung einstimmig angenommen wurde. Sie hat folgenden Wortlaut: „Die gut besuchte Mitgliederversammlung des Ortsvereins Neuß stellt sich voll und ganz auf den Boden der Resolution der Gewerkschaftskonferenz und spricht ihr lebhaftes Befremden aus über den Antrag von Berlin, der verlangt, den beiden Kollegen Hof und Wallnig Rechtschutz zu gewähren, um gegen das Tarifamt wegen Verurteilung Klagen vorzugehen.“ Trotz der eifrigsten Agitation unserer „Freunde“ im Gutenbunde war es uns vergönnt, durch Neuaufnahmen in dieser Versammlung unsern Reihen weiteren Zuwachs zuzuführen. Sodann wurde beschlossen, am 13. August einen Ausflug mit Damen nach dem gern besuchten Mühlentuch zu unternehmen. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten wurde die sehr anregend verlaufene Versammlung geschlossen.

**Offenbach a. M.** (Bezirksversammlung am 15. Juli.) Nachdem verschiedene geschäftliche Angelegenheiten ihre Erledigung gefunden, erstattete unser Gewerkschaftsreferat Domine (Frankfurt) den Bericht von der Gewerkschaftskonferenz. Aufmerksamkeit wurden die Ausführungen verfolgt, wo sich die Differenzen zwischen der Firma Scherl und den Rotationsmaschinenmeistern entwickelten. Redner erläuterte sodann die Verhandlungen vor dem Berliner Schiedsgericht und dem Tarifamt und versicherte, daß es doch zu einer annehmbaren Verständigung gekommen wäre, wenn die Maschinenmeister, und besonders die Vertrauensleute, nicht durch ihr unkluges Verhalten alles vereitelt hätten. Die Angelegenheit sei als ein Hohn auf einige Beschlüsse der Generalversammlung aufzufassen und daher unverzüglich. Einen großen Teil der Schuld treffe auch den Berliner Gewerkschaft, dem die Arbeit über den Kopf gewachsen sei. Rechtschutz sei auf keinen Fall zu gewähren, da die betreffenden Kollegen tarifbrüchig und infolgedessen gar nicht berechtigt seien, das Tarifamt bei einem bürgerlichen Gerichte zu verklagen. Auch sei zu verwerfen, daß die Berliner Vertrauensleute ihre Unterwerfung durch diese vorgetragene Unstimmigkeiten bei den Tarifvertretern ihr Amt bei den demnächstigen Verhandlungen besonders erschwert. Eine ziemlich rege Diskussion knüpfte sich an das Referat, in welcher das Für und Wider reiflich erwogen wurde und nach welcher folgende Resolution gegen zehn Stimmen Annahme fand: „Die heute, am 15. Juli, stattgehabte Bezirksversammlung nimmt Kenntnis von den Verhandlungen der Gewerkschaftskonferenz über die Berliner Vorgänge. Sie verurteilt entschieden das Vorgehen der Rotationsmaschinenmeister bei Scherl und billigt den Entschluß des Tarifamts, der, wenn er auch gewisse Härten in sich birgt, unter den obwaltenden Umständen doch gerechtfertigt ist. In übrigen erklärt sich die Offenbacher Kollegenschaft mit der Resolution der Gewerkschaftskonferenz einverstanden.“ Nachdem dann noch einige Internen, darunter der Austritt der Firma André aus der Tarifgemeinschaft, erledigt waren und auf das Sommerfest des Gesamtvereins „Gutenberg“ hingewiesen worden war, schloß der Vorsitzende die Versammlung mit dem Hinweis, in der jetzigen ersten Zeit treu zusammenzusehen und alle Zwistigkeiten und persönliche Angelegenheiten in den Hintergrund zu rücken. Die Tarifbewegung erfordere ein geschlossenes Ganzes.

**Idenburg i. Gr.** Am 13. Juli fand unsere letzte Ortsvereinsversammlung statt, die sich u. a. auch mit der Gewerkschaftskonferenz resp. mit den Berliner Vorkommnissen beschäftigte. Anwesend waren 65 Mitglieder, außerdem Kollege Ojstra (Bremen) als Referent. Nachdem der Vorsitzende noch einige Mitteilungen des Vorstandes gegeben hatte, ergriff Kollege Ojstra das Wort zur Berichterstattung. In etwa eineinhalbstündigen Ausführungen ging Redner auf den Berliner Konflikt sowie auf die Gewerkschaftskonferenz ein, in äußerst klarer und sachlicher Weise alle bedeutenderen Momente hervorhebend. Zum Schluß ersuchte Redner, die Versammlung möge der

auf der Gewerkschaftskonferenz gefaßten Resolution zustimmen. Eine kurze Debatte, in der sich die Redner im großen und ganzen mit dem Referenten einverstanden erklärten, wurde durch die einstimmige Annahme (bei einer Stimmenthaltung) folgender Resolution beendet: „Die Versammlung verurteilt das Vorgehen der Berliner Rotationsmaschinenmeister und erblickt darin eine Handlung, die das Ansehen des Verbandes und der Tarifgemeinschaft auf das schwerste schädigt. Die Versammlung stellt sich auf den Boden der Resolution der Gewerkschaftskonferenz und sieht das Verhalten der Tarifinstanzen als den Verhältnissen entsprechend für notwendig an. Dem Zentralvorstand und der „Korr.“-Redaktion bringt sie nach wie vor ihr vollstes Vertrauen entgegen.“ Außerdem wurde verhandelt über den Antrag des hiesigen Gewerkschaftskartells, welcher dahin geht, am hiesigen Orte die Errichtung eines Arbeitersekretariats vorzunehmen. Die Versammlung erklärte mit großer Mehrheit ihre Sympathie für den Antrag und bewilligte den auf den Ortsverein entfallenden Beitrag von 10 Pf. pro Mitglied und Monat.

**Ostervick (Harg).** Die am 15. Juli abgehaltene Monatsversammlung des Ortsvereins beschäftigte sich mit den Berliner Vorgängen. Nach einer längeren Diskussion nahm die Versammlung folgende Resolution an: „Die Versammlung bedauert den Disziplinbruch der Rotationsmaschinenmeister bei der Firma Scherl und verurteilt die Handlungsweise als äußerst schädigend für die übrige Kollegenschaft auf das entschiedenste. Sie hofft, daß sich derartige Vorgänge nicht wiederholen und gibt ihre Zustimmung zu der auf der Gewerkschaftskonferenz gefaßten Resolution. Gleichzeitig verurteilt sie aber auch die Stellungnahme einzelner Parteimitglieder, welche mit ihrer Kritik in dieser Angelegenheit der Arbeiterbewegung einen schlechten Dienst erweisen.“

**K. Regensburg.** In der Versammlung am 13. Juli hielt Gewerkschaftsreferat Seig (München) ein umfangreiches Referat über die Gewerkschaftskonferenz und über den Gewerkschaftskongress. Die etwa 80 Kollegen verfolgten mit gespanntester Aufmerksamkeit die zweifelhingige Berichterstattung, welche denn auch allseits als äußerst interessant und vorzüglich anerkannt wurde. In eine Diskussion wurde nicht eingetreten. Einstimmige Annahme fand folgende Resolution: „Die heutige, stark besuchte Verbandsversammlung brüdt anlässlich der bevorstehenden Verkommnisse in Berlin den betreffenden tariflichen Instanzen für ihr energisches und gerechtes Vorgehen das vollste Vertrauen aus und steht voll und ganz auf dem Boden der Beschlüsse der Gewerkschaftskonferenz.“

**Schmalzkalden.** Die hiesige Mitgliederversammlung nahm in ihrer am 16. Juli stattgehabten Versammlung nach einem Referat des Kollegen Prox (Weimar) über die Gewerkschaftskonferenz einstimmig folgende Resolution an: „Die heutige Versammlung des Ortsvereins Schmalzkalden erklärt sich mit der Resolution der Gewerkschaftskonferenz voll und ganz einverstanden.“ Es folgte dann noch die Erledigung einiger Punkte interner Natur.

**K. S. Sprottau (Schl.).** Am 13. Juli fand eine außerordentliche Ortsvereinsversammlung statt, deren Tagesordnung als einziger Punkt: „Meinungsäußerung zum Berliner Konflikt“, aufwies. Der Vorsitzende verbreitete sich in einem längeren Referat über die Berliner Vorgänge. Die Versammlung sah schließlich von der Annahme einer Resolution ab; es kam jedoch einmütig zum Ausdruck, daß zunächst der Tarif- und Kontraktbruch der Scherl'schen Rotatoren, sodann aber auch die von einem Teile der Berliner Kollegen eingenommene Stellung zu den Beschlüssen der Gewerkschaftskonferenz aufs Schärfste zu verurteilen und zurückzuweisen sind. Die Versammlung war sich darin einig, daß die von der Gewerkschaftskonferenz eingenommene und in ihrer Resolution gekennzeichnete Stellungnahme die richtige sei und hielt die Publikation der Verbandsleitung in Nr. 80 des „Korr.“ für notwendig.

**-z- Stuttgart.** (Mitgliederversammlung vom 15. Juli.) Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde der verstorbenen Kollegen Hermann Wilseler und Emil Scheid in ehrender Weise gedacht. Nach Erledigung einiger lokaler Angelegenheiten und der Bekanntgabe, daß die Kreisversammlung, in der die zu stellenden Anträge zur Tarifrevision beraten werden, Sonntag, den 30. Juli, vormittags 10 1/2 Uhr, in „Dinkelackers Saalbau“ stattfinden, nahm Kollege Knie das Wort, um in sachlicher Weise über die Gewerkschaftskonferenz zu referieren. Redner suchte den Mitgliedern klarzulegen, welche Gründe maßgebend für die Einberufung waren. Nach reiflicher Überlegung hätten die Gewerkschaftler mit allem gegen zwei Stimmen der bekannten Resolution zugestimmt. Die einseitige Diskussion war eine lebhaftige. Von einem Redner wurde die Berichterstattung im „Korr.“ über die Scherl'sche Angelegenheit bemängelt, der Berliner „Vorwärts“ habe in objektiver Weise berichtet, was ihm (Redner) von vielen Seiten bestätigt worden sei. Es sei verständlich, daß die Rotationsmaschinenmeister so gehandelt, nachdem die Vertrauensleute gemahregelt waren. Manche Tarifamtsbeschlüsse gäben Anlaß zu einer scharfen Kritik; er könne nicht begreifen, daß die Gewerkschaft einer solchen Resolution zugestimmt hätten, diese hätten vielmehr einen Mittelweg finden müssen. Des weiteren ging Redner auf das Verbot der Gründung einer Handseherpartei ein. Ein weiterer Redner zitierte verschiedene Aussprüche; es sei „Nadelstichpolitik“ getrieben worden. Die Kollegen von Woffe und Ullstein hätten richtig gehandelt, als sie die Streitarbeit zu leisten ablehnten; die Geschäftslösungen hätten geirrt. Mit der scharfen Stellungnahme habe der „Korr.“ das Gegenteil bewirkt; es wäre besser gewesen, die Sache nicht so an die große Glocke zu hängen. Mit

dem Absatz 3 des Tarifamtsurteils, die Disqualifizierung der beiden Vertrauensleute betreffend, könne man sich nicht einverstanden erklären, im Kommentar sei nichts darauf Bezügliches zu finden. Redner ersuchte, sich nicht auf den Boden der Resolution zu stellen, aber auch keine bestimmten Beschlüsse zu fassen. Wie die Stimmung in Berlin sei, schilderte ein Redner aus einem ihm zur Verfügung gestellten Privatbrief eines Beteiligten. Er verlas mehrere Stellen aus diesem. Er vertrete es nicht, daß alle Urteile einstimmig gefaßt werden. Die Entschlüsse des Tarifamts sollen unantastbar sein, auch wenn diese unsre inneren Interessen verletzen; so habe das Tarifamt u. a. den Metteuren verschiedener Hamburger Zeitungen längere Kündigungsfristen gewährt. (Das ist eine ganz faulstidige Unwahrheit. Wenn man schon glaubt, gegen das Tarifamt unter allen Umständen Stimmung machen zu müssen, dann bleibe man doch wenigstens bei der Wahrheit. Das direkte Gegenteil von dem in der Stuttgarter Versammlung Besappteten trifft nämlich zu. Das Tarifamt hat weder den Metteuren „verschiedener“ Hamburger Zeitungen noch denjenigen einer einzigen längere Kündigungsfristen gewährt. Anträge solcher Art sind zwar vereinzelt aus verschiedenen Orten an das Tarifamt gelangt, die Anträge sind aber nach stattgehabter Prüfung in jedem Fall abgelehnt worden, weil das Tarifamt sich nicht davon überzeugen konnte, daß die betreffenden Beschäftigten nach der Art ihrer Beschäftigung als Spezialarbeiter zu betrachten wären. Red.) Die Resolution der Gewerkschaft sei für ihn unverfänglich, sie sei verunglückt. Die Gewerkschaft hätten den Ton der Resolution in seiner Tragweite nicht zu übersehen vermocht. Auf die Handseherpartei zurückkommend, erklärte derselbe Redner, daß an allen Orten, wo zu einer solchen Gründung geschritten werden sollte, der Verbandsvorstand abgewimmelt habe. Kollege Knie erwiderte, auf der Konferenz sei weiter nichts vorgekommen, als was er berichtet. Die Generalversammlung in Hannover habe beschlossen, die Gründung einer Handseherpartei sei nicht gutzuheißen. Was nun den Punkt 3 des Tarifamtsurteils anbetreffe, so hätten viele Kollegen den Inhalt nicht richtig aufgenommen. Mancher Kollege eigne sich nicht für das Amt eines Vertrauensmannes; wenn Zusammenstöße vorkämen, sollte dieser so viel Kaltblütigkeit, lieber zurücktreten. Sie noch gegen die Verlesung des Privatbriefes wendend, erklärte Kollege Knie, wenn die Kollegen, es wünschten, lieber heute als morgen von seinem Amt als Beschäftigter zurückzutreten. Ein anderer Redner brachte zum Ausdruck, jedermann stehe das Recht zu, Kritik zu üben. Auf die Handseherpartei zurückweisend, führte er an, daß in andern Verbänden noch viel mehr Sparten vorhanden seien. Was die Gewerkschaftsresolution anlangt, so betrachte er sie als eine Absage gegen Berlin. Der Vorsitzende wandte sich gegen diesen Redner betriebs der Sparten, die Handseher bildeten das Rückgrat des Verbandes; es sei zuzugeben, daß die Sezerangelegenheiten in den Mitgliederversammlungen nicht mehr besprochen werden können, dazu eigneten sich am besten die Dreierkonferenzen. Ein Druckerkollege hatte das Gefühl, daß die Rotationsmaschinenmeister ungeschickt gewesen seien, aber auch die Gewerkschaftskonferenz habe einen Vord geschossen mit dieser Resolution. Er verurteile aufs entschiedenste die Bezeichnung der Beschäftigten als Vertreter; man solle sich mehr als Verbandsmitglied fühlen; zuerst der Verband und dann die Tarifgemeinschaft! In der Haltung des „Korr.“ müsse man Kritik üben, er sollte mehr zum Ausdruck bringen, was in den Versammlungen gesprochen wird. In scharfen Worten brachte ein Kollege zum Ausdruck, daß ein Tarifbruch begangen, sei unumstößliche Tatsache. Es sei gewiß besser, wenn ohne Kampf etwas erreicht würde. Die Gewerkschaftskonferenz habe nicht anders als wie getan handeln können. Inzwischen waren ein Antrag auf Schluß der Debatte und zwei Resolutionen eingegangen; der Schluß der Debatte fand mit übergroßer Majorität Annahme. Der Vorsitzende erklärte, auf das Schlusswort in Anbetracht der zwei eingegangenen Resolutionen, die auf halbem Wege stehen blieben, verzichten zu wollen. Bei der Abstimmung wurde die nachstehende Resolution mit 155 gegen 63 Stimmen angenommen. „Die Versammlung der Mitgliederversammlung Stuttgart erkennt voll und ganz an, daß die Arbeitsniederlegung der Rotationsmaschinenmeister der Firma Scherl einen Tarifbruch darstellt und verurteilt denselben deshalb. Ein Recht des Tarifamts, die Vertrauensleute zu disqualifizieren, erkennt die Versammlung jedoch nicht an, ein solches ist vielmehr den örtlichen Verbandsinstanzen vorzubehalten. Auch glaubt die Versammlung, daß der Verbandsvorstand sowohl wie die „Korr.“-Redaktion und die Gewerkschaftskonferenz zur Verhütung solcher Folgen des Berliner Kontraktbruchs hätte Formen finden müssen, die dem kollegialen Empfinden der Verbandskollegen ebenso wie den gegenwärtigen Umständen Rechnung getragen hätten.“ Die zweite Resolution erhielt 43 Stimmen, während für die Gewerkschaftsresolution 11 Kollegen votierten. Infolge der vorgeschrittenen Zeit konnte der Bericht vom Gewerkschaftskongress nicht mehr gegeben werden. Die Versammlung war von etwa 450-500 Kollegen besucht.

**Thale a. H.** Am 8. Juli fand unsere übliche Monatsversammlung statt, in welcher u. a. der Kontraktbruch der Berliner Rotationsmaschinenmeister zur Sprache kam. Die Kollegen hatten bereits einen Vortrag des Kollegen Demuth (Magdeburg) in Quedlinburg mit angehört und nahmen deshalb in der heutigen Versammlung folgende Resolution einstimmig an: „Die am 8. Juli 1911 tagende Monatsversammlung des Ortsvereins Thale mißbilligt das untarifliche Verhalten der Berliner No- (Fortsetzung in der Beilage.)



# Beilage zum Korrespondent

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

49. Jahrg.

Einzelnummern 5 Pfennig das Exemplar, solche mit älterem Erscheinungsdatum bis zu 25 Pfennig.

Leipzig, den 25. Juli 1911.

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweilig nächsten Nummer.

Nr. 83.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatt.)

tationsmaschinenmeister aufs schärfste. Sie gibt der Hoffnung Ausdruck, daß sich die Berliner Rotationsmaschinenmeister taktische Klugheit und Disziplin innerhalb unfrer Organisation zu eigen machen, so daß derartige Vorkommnisse in Zukunft vermieden werden, und stimmen der Haltung des Vorstandes sowie der „Korr.“-Redaktion in dieser Angelegenheit zu.“

### Rundschau.

**Ferien!** Die Firma M. Jacob in Wistegiersdorf i. Schl. gewährte ihrem Personale drei Tage Ferien bei zweijähriger Karenzzeit. Fünf Gehilfen treten in diesem Jahr in den Genuß dieser Vergünstigung. — Die Firma Theben in Gladbeck bewilligte ihrem Personale zwei bis sechs Tage Ferien. Die Karenz bemest sich zwischen ein- bis fünfjähriger Konditionsdauer. — Die Buchdrucker Merkur (Franz Zimmermann) in Chemnitz gewährte zwei bei ihr resp. drei Jahre tätigen Gehilfen sechs Tage Ferien. — Die Drucker der „Allgemeinen Zeitung“ in Halberstadt gewährte ihrem Gesamtpersonale drei bis vier Tage Ferien ohne jede Karenz.

Ein schwerer Unfall ereignete sich am 21. Juli in der Druckerei des „Sollsteinischen Couriers“. Ein 19-jähriger Druckerkollege, der erst seit vier Wochen in dem Betriebe tätig war, geriet mit dem linken Arm in die Schnellpresse. Der Arm wurde bis an die Schulter vollständig zerquetscht und wurde im Krankenhaus sofort amputiert. Die Ursache des Unfalls ließ sich noch nicht ermitteln.

**Fragwürdiger Schutz durch einen „Schutzverband“.** Im Juni dieses Jahres stellte das Hilfspersonal einer Steindruckerei in Berlin-Reinickendorf Lohnforderungen, was den Direktoren Veranlassung gab, die Hilfe des Schutzverbandes Deutscher Steindruckereibesitzer, dem die Firma bis dahin nicht angehörte, in Anspruch zu nehmen. Dieser war natürlich gern bereit, sein jüngstes Mitglied gegen die Begehrlichkeit des Hilfspersonals zu schützen, nur ging er dabei so ungeschickt wie möglich zu Werke. Nachdem durch die brüste Abweisung der Forderungen, die auf Gehalt des Schutzverbandes erfolgte, an eine friedliche Beilegung der Differenz nicht mehr zu denken war, legte das gesamte Hilfspersonal, das ohne Kündigungsruf von der Firma eingestellt worden war, die Arbeit nieder. Der Schutzverbandsgeneralsitzus riet nun zu einem bedenkliehen — weil ungeschlichen — Mittel. Die Firma verweigerte nämlich die Auszahlung des restlichen Lohnes, trotzdem ein Kontraktbuch nicht vorlag, weil für das Hilfspersonal keine Kündigung bestand. Der Zweck dieser Maßnahme ließ darauf hinaus, den Ausständigen die Möglichkeit zum Leben zu beschränken und sie rasch wieder in den Betrieb zu treiben. Man hatte in dessen die Rechnung ohne die Hilfsarbeiterorganisation gemacht, die ihren Mitgliedern den von der Firma widerrechtlich einbehaltene Lohn in Höhe von 976 Mk. vorzuschußweise gewährte. Da trotz aller Bemühungen Streikbrecher nicht aufzutreiben waren, sann der Schutzverband auf einen neuen Streich, der den ersten an Klumpheit noch übertrumpfte. Die Firma mußte daraufhin ihre Gehilfen ohne Einhaltung der Kündigung entlassen, d. h. „aussetzen“ lassen, weil man vermutete, daß die Gehilfen ihren ganzen Einfluß aufboten würden, um das Hilfspersonal zur Aufnahme der Arbeit zu bewegen. Als auch diese Maßnahme versagte, schlug sich der fogenannte Schutzverband seitwärts in die Wüste und die Firma bewilligte schließlich die Forderungen der Hilfsarbeiter. Aber ein Ungemach kommt bekanntlich selten allein. Die Gehilfen verlangten die Firma beim Gewerbegericht auf Entschädigung für die Zeit, während der sie zwangsweise aussetzen mußten. Unter Anwendung des § 323 W. G. B. wurden sie zwar zunächst abgewiesen, doch hatte die daraufhin beim Landgerichte Berlin III eingelegte Berufung den Erfolg, daß die Firma zur Zahlung von 828,60 Mk. an die klägerischen Gehilfen und zur Tragung der nicht unbeträchtlichen Kosten verurteilt wurde. „Gerr, schäme mich vor dem Schutze des Schutzverbandes!“ wird die Berliner Firma nun mit einer Variante auf ein bekanntes Wort ausrufen können.

Erfolgreich verlaufener Prozeß gegen Schwarze Listen. Zu einer festigenemerkelten Unfälle ist es bei den Arbeitgebern verschiedener Gewerbe geworden, Arbeiter, die aus irgendeinem Grunde Mißfallen erregt haben, auf die fogenannte Schwarze Liste zu setzen, um den betreffenden Arbeiter möglichst lange die Hungerpeinliche Kosten zu lassen. Wegen dieses unmoralischen Vorgehens hatte der Vergarbeiterverband durch zehn seiner Mitglieder gerichtliche Klage anstrengen lassen gegen den allmächtigen Verbandsrat der Vergarbeiter. Die Klage hat in erster Instanz das Landgericht Essen beschlichtigt. Dieses erließ ein Urteil dahin, daß der Verbandsrat

den Klägern den ihnen durch die Aussperrung entstandenen Schaden, soweit die Aussperrung länger als sechs Wochen dauerte, zu entschädigen habe. Zwei Kläger wurden mit ihrer Klage gänzlich abgewiesen. Wegen diesen Urteilspruch wurde sowohl von den Klägern wie vom Verbandsrat Berufung an das Oberlandesgericht Hamm eingelegt. Von den Klägern deshalb, weil sie auch für die ersten sechs Wochen ihrer Aussperrung eine Entschädigung verlangten. Die beiden abgewiesenen Kläger schlossen sich der Berufung an wegen ihrer erfolgten Abweisung. Der Verbandsrat verlangte natürlich Aufhebung des Urteils und Abweisung der Kläger, da er sich nicht für verpflichtet hielt, die Opfer seiner brutalen Aussperrungspraxis zu entschädigen. Es kam aber anders. Das Oberlandesgericht Hamm hat nämlich jetzt das günstige Urteil der Vorinstanz im allgemeinen bestätigt, es hinsichtlich der beiden abgewiesenen Vergarbeiter aufgehoben und den Verbandsrat verurteilt, dem einen Vergarbeiter den ihm durch die Aussperrung entstandenen Schaden voll zu erstatten und dem andern den erlittenen Schaden insoweit zu ersetzen, als er länger als sechs Wochen ausgesperrt war. Sämtliche zehn Vergarbeiter waren sechs Monate von der Arbeit auf dem Verbandsrat angehört, ausgesperrt worden und fanden während dieser Zeit auch keine Arbeit. Das Urteil des Oberlandesgerichts ist endgültig, da das Reichsgericht wegen der hohen Revisionssumme vom Vergarbeiterverbande leider nicht mehr angerufen werden kann. Immerhin ist auch so den Verbandsrat vom Vergarbeiterverbande gezeigt worden, daß ihre Wäune nicht in den Himmel wachsen. Nicht nur, daß sie jetzt eine gehörige Summe ausspenden müssen, sie schaffen auch die Schwarzen Listen ab, als sie sahen, daß der Prozeß eine für sie bedenkliche Wendung nahm. Das ist jedenfalls das Erfreulichste an der ganzen Sache, mit deren gerichtlicher Verfolgung der Vergarbeiterverband sich und der gesamten Gewerkschaftsbewegung einen nicht zu unterschätzenden Dienst erwiesen hat.

Ein Schiedsgerichtsprozess gegen Schwarze Listen. Das Schiedsgericht für das Baugewerbe in München hat sich in seiner Sitzung vom 12. Juli mit der Frage zu beschäftigen, ob sich der Arbeitgeberverband des Baugewerbes für München und Umgebung nicht eines Tarifschuldig gemacht habe, da dessen Vertreter an seine Mitglieder Schwarze Listen mit dem Hinweis hinausgegeben habe, es sollten namentlich aufgeführte Arbeiter nicht eingestellt oder, sofern sie schon eingestellt waren, wieder entlassen werden. Trotzdem der Vertreter des Unternehmerverbandes einen Schiedsprozess zu vereiteln suchte, weil er zur Beurteilung der Frage nur ein Zentralschiedsgericht für kompetent erachtete, fällt das Schiedsgericht folgenden Entscheid: „Der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe Münchens und Umgebung hat sich durch die Herausgabe Schwarzer Listen vom 21. Juni 1911 eines Verstoßes gegen die Bestimmungen des Tarifvertrags schuldig gemacht.“ Damit wäre den Unternehmern also auch durch die fachgerichtlichen Schiedsrichter eine bössartige Waffe aus der Hand geschlagen.

Ein Streik der Feldarbeiterinnen ist für Deutschland im Vergleich zum südlichen Europa, wo schon zahlreiche Landarbeiterstreiks ausgebrochen sind, gewiss eine Seltenheit. Im Dorfe Gelsmar bei Göttingen ist ein solcher Streik zu verzeichnen. Die fogenannten Tagelöhnerfrauen bekommen dort für ihre schwere Feldarbeit vom morgens 6 bis abends 7 Uhr nur eine einzige Mark Lohn pro Tag. Trotzdem fordern diese Frauen nicht etwa mehr Lohn; sie wollen nur ihre Arbeitszeit statt um 7 Uhr schon um 6 Uhr abends beenden, da ihnen sonst für die Erledigung ihrer häuslichen Pflichten keine Zeit bleibt. Es handelt sich dabei hauptsächlich um Frauen, deren Männer in Göttingen arbeiten und die infolge der großen Entfernung von der Arbeit mittags meist kein warmes Essen bekommen. Da hatten denn die Tagelöhnerfrauen den gerechtfertigten Wunsch, abends etwas früher von der Arbeit nach Hause zurückzukehren, um noch kochen zu können. Schließlich wollten auch die Kinder, die sich tagsüber selbst überlassen sind, ihre Mutter einmal haben. Da die Gutsbesitzer die geringfügige Arbeitszeitverkürzung aber ablehnten, kam es auf mehreren Gütern zur Arbeitszeitverkürzung. Nur in fünf Betrieben ist der Schlußfeierabend bewilligt worden. Die übrigen Arbeiter drohen mit der Einstellung von polnischen Arbeitern, die freilich 1,20 Mk. für den Tag verlangen. Das nennt man Patriotismus und Achtung vor der deutschen Hausfrau und Mutter!

1000 Gemeinden mit Achtuhrablenschluß mies von Hamburger Handlungsgehilfenverbande geführtes Verzeichnis über die Orte mit früherem Ablenschluß am 1. Juli auf. Seit der Geltung des Ablenschlußgesetzes (1. Oktober 1900) sind also 1000 Gemeinden der verschiedensten Größenklassen vom reichsgesetzlichen Achtuhrablenschlusse zum ortsgesetzlichen Achtuhrablenschlusse

übergegangen. Ein Beweis, daß die Zeit für die reichsgesetzliche Regelung des Achtuhrablenschlusses reif und die Frage in der Praxis bereits entschieden ist.

Ein Wochenlohn von 40000 Mk. Unter dieser Spitzmarke wird in der neuesten Nummer der „Bodenreform“ darüber berichtet, welche riesenhafte Steigerung der Grundrente durch die geplante Bahn von Hamburg durch die Waldhöfer im Kreise Stormarn bewirkt wird. In Volksdorf wurde ein Grundstück, das mit 600000 Mark gekauft war, nach etwa acht Wochen mit 950000 Mark wieder verkauft — in acht Wochen also 350000 Mark Wertzuwachs! Ist es nicht unerhört, daß die Bodenreformer dafür gesorgt haben, daß diese unverdienten Gewinne nun auch in Dörfern durch die vielumstrittene Reichszuwachssteuer erfaßt werden?

Die Bevölkerungszunahme Europas im letzten Jahrhundert veranschaulicht eine wertvolle Zusammenstellung des französischen Gelehrten Bertillon. Im Jahre 1800 zählte man in ganz Europa etwa 188 Millionen Einwohner; 1909 waren es 425 Millionen, so daß eine 2,3fache Vermehrung eingetreten war. Für die einzelnen europäischen Staaten gibt Bertillon folgende Tabelle, die in der ersten Spalte die Bevölkerung im Jahre 1800, in der zweiten die Volkszahl im Jahre 1909 (in Millionen) und in der dritten das Wachstumsverhältnis verzeichnet:

Frankreich . . . . .	26,9	39,3	1:1,5
Deutschland . . . . .	25,5	64,0	1:2,5
Österreich . . . . .	25,5	51,2	1:2,0
Italien . . . . .	18,3	34,4	1:1,9
England . . . . .	17,9	45,0	1:2,5
Spanien . . . . .	10,6	19,9	1:1,9
Belgien . . . . .	3,2	7,5	1:2,3
Portugal . . . . .	3,0	5,9	1:2,0
Schweden . . . . .	2,4	5,5	1:2,3
Holland . . . . .	2,2	5,8	1:2,7
Schweiz . . . . .	1,8	3,6	1:2,0
Dänemark . . . . .	1,0	2,7	1:2,6
Norwegen . . . . .	0,9	2,3	1:2,6

Rußland mit seinen 120 Millionen Einwohnern ist bei der Zusammenstellung übergegangen, weil seine Einwohnerzahl zu Beginn des vorigen Jahrhunderts nicht mit Sicherheit zu ermitteln war, außerdem fehlen die Balkanstaaten aus demselben Anlasse. Betrachtet man die Tabelle, in deren erster Spalte die Länder nach abnehmender Volksmenge angeordnet sind, genauer, so ergibt sich die Zahlenverhältnisse mit Deutscherheit. Deutschland z. B. ist von 1800 bis 1909 von der zweiten an die erste Stelle gerückt. Frankreich hat ihm Platz machen müssen und kommt erst an vierter Stelle zu stehen, da es außer von Deutschland von Österreich und England überflügelt worden ist.

Keine Gewerkschaftsnachrichten. In der Graßschaffgotischen Webfabrik in Warmbrunn in Schlesien haben die Arbeiter die Arbeit eingestellt, weil ihnen eine beschleibende Lohnverhöhung abgelehnt wurde. — Die Arbeiter der Brauerei Lorenz Faunenberg Söhne in Perst erreichten nach vierköpfigen Ausstände den Abschluß eines Tarifvertrags mit Lohnverhöhungen, Arbeitszeitverkürzung und Urlaub. Es ist dies der erste Tarifvertrag in der Bestzer Brauindustrie. — In den Süddeutschen Kachelwerken in Mannheim kam es nach vierköpfigen Ausstände gleichfalls zu einem Tarifabschlusse bis 1914, der den Arbeitern wesentliche Vorteile verbürgt. — Seit 12. Juli befinden sich die Breslauer Dache der wegen Tarifstreitigkeiten im Ausstände. — In der größten chemischen Fabrik Deutschlands, der Badischen Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen a. Rh., haben wegen Lohnverhöhungen etwa 300 Arbeiter die Arbeit niedergelegt. — Auf dem Zementwerk „Elsa“ in Neubrück a. W. sind Differenzen ausgebrochen, die sämtliche Brenner zur Kündigung veranlaßt haben. — In Augsburg streiken die Wauschlosser.

### Briefkasten.

R. B. in Oppeln: Besten Dank. Nur keine Schner, unter 5 Pf. können sie kosten, was sie wollen. — Nach Daugig: Wollen uns bemühen, vorderhand ohne den in Aussicht gestellten Beruhigungstropfen auszukommen. — U. W. in G.: Bereits von anderer Seite erhalten. Dank und gute Genesung. — W. B. in Köln a. Rh.: G. U. Funke, Leipzig, Seeburgstraße 94. — H. B. in Stuttgart: 80 Pf. — G. H. Sp. in Frankfurt a. M.: 2,45 Mk. — R. St. in Frankfurt a. M.: 2 Mk. — P. G. in Leipzig: Könnte für diese Nummer nicht mehr ermügend werden. — O. M. in B.: An jenem Tage abwesend; es findet sich aber sonst Anknüpfung. — U. G. in G.: Schreiben berührt angenehm. — J. G. in A.: Na, das kann gut werden! Frdl. Gruß! — Nach München: Wenn uns in diesem Punkt eine Berwechslung unterlaufen ist, so werden wir das nach Eingang des Berichts gern richtigstellen. Falsche Behauptungen aufzustellen, liegt uns fern. — M. S. in A.: Für Zuschrift verbindlichsten Dank.

# Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Mariendorfer Straße 13 I. Fernsprechanlage VI, 1119 L.

**Gau Mecklenburg-Lübeck.** Der Maschinenfeher Karl Müller, geboren 1888 in Franzburg, wird aufgefordert, bis zum 30. d. M. seine Beiträge hierher einzusenden und seine Adresse an R. Dahne, Schwerin, Mühlstraße 10 I, anzugeben, widrigenfalls Ausschluß erfolgt.

**Hamburg.** Die in Nr. 81 veröffentlichten Notizen, betreffend die Seher Paul Sud und Karl Bohnstedt, haben sich erledigt.

**Frankfurt a. M.** Die Verbandsbücher des Druckers Max Wiese aus Berlin (Hauptbuchnummer 34289, Buchnummer 2411 Berlin) und des Sehers Ernst Franz aus Berlin (Hauptbuchnummer 77187, Buchnummer 5290 Berlin) sind im hiesigen Verlehr abhanden gekommen, dem Kollegen Wiese desgleichen die Reiselegitimation, wofür er eine andre mit der Bezeichnung Duplikat erhielt. Beide Bücher sowie die bezeichnete Legitimation werden als ungültig erklärt. Eventuelle Vorzeiger derselben sind festzunehmen.

**Landau (Pfalz).** Der Maschinenfeher Karl Jonas aus Dieren (Rheinl.), jetzt unbekanntem Aufenthaltsort, wird hiermit aufgefordert, seine zehn Reste = 13,50 Mk. und die vom hiesigen Bezirkskassierer geliehenen 2,50 Mk. unverzüglich, spätestens aber bis nächsten Samstag, an den Kollegen G. Feischhauer, Untertorstraße 7, einzusenden, widrigenfalls Ausschluß erfolgt. Die Herren Verbandsfunktionäre werden gebeten, J. auf diese Notiz aufmerksam zu machen. Es wird dringend gewarnt, an J. irgendwelche Vorhülfe zu geben.

**Neurode (Sgeb.).** Der Seher Friedrich Kollmeyer (Hauptbuchnummer 90685), geboren in Hummerodt und zuletzt in Dresden konditionierend, wird hiermit aufgefordert, nummehr endlich sein mehrfach gegebenes Versprechen einzulösen und seinen Verpflichtungen dem Ortsvereine Neurode gegenüber, und zwar innerhalb vierzehn Tagen, nachzukommen. Andernfalls erfolgt Antrag auf Ausschluß. Die verehrl. Funktionäre resp. Kollegen wollen den Betreffenden eventuell auf diese Notiz aufmerksam machen.

## Adressenveränderungen.

**Bielefeld (Ost).** Vorsitzender: Eduard Dreyer, Weststraße 46.

**Weimar.** Vorsitzender: Gottlob Schäffer, Brehmestraße 7 III.

**Zur Aufnahme** haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum dieser Nummer an die beigeigte Adresse zu richten):

In Frankfurt a. M. die Seher 1. Eduard Kempf, geb. in Seligenstadt (Hessen) 1889, ausgl. das. 1908; war noch nicht Mitglied; 2. Leonhard Günther, geb. in Michaffenburg 1866, ausgl. in Kronach 1884; war schon Mitglied. — G. Bachhaus, Allerheiligenstraße 51.

In Mühlhofs der Seher Karl Heinrich, geb. in Jngolstadt 1891, ausgl. in Freyja 1908; war schon Mitglied. — In Nürnberg der Maschinenfeher Albert Osmani, geb. in Laband 1890, ausgl. in Gleiwitz 1909; war noch nicht Mitglied. — In Regensburg der Seher Ludwig Waltenberger, geb. in Ebnannhausen 1890, ausgl. in Krumbach 1908; war noch nicht Mitglied. — Jos. Seig in München, Holzstraße 24 I.

In Salungen der Drucker Wilhelm Bauer, geb. in Wörschhausen 1876, ausgl. in Melungen 1894; war noch nicht Mitglied. — U. Etthöfer in Gotha, Mohrenstraße 18.

In Wernigerode der Seher Walter Hammer, geb. in Leipzig 1887, ausgl. das. 1906; war schon Mitglied. — In Elbingerode der Seher August Fischer, geb. in Neuschütte bei Rothschütte i. S., ausgl. in Elbingerode; war noch nicht Mitglied. — Karl Treff in Halberstadt, Felsstraße 4 II.

## Arbeitslosenunterstützung.

**Hörsing.** Dem auf der Reise befindlichen Seher Albert Wiesenberg aus Ruff (Hinterpommern) ist das Buch (Hauptbuchnummer 60014) nebst Reiselegitimation abzunehmen und an den hiesigen Reiseleiterverwaltung einzusenden. Dem W. wird laut § 11 Abs. b des Statuts die Reiseunterstützung für die jeweilige Reise entzogen.

**Münster.** Dem Drucker Heinrich Bauer (Hauptbuchnummer 213), geboren am 8. Januar 1878 in M. Gladbach, sind laut polizeilichen Ausweises, in Schernbeck sämtliche Papiere, einschließlich Verbandsbuch und Legitimation, abhanden gekommen, höchstwahrscheinlich gestohlen. Sein Reisekollege war der Inspektor Arnold Verthold aus Jülich. Der eventuelle Vorzeiger obiger Legitimation ist der Polizei zu übergeben.

## Versammlungskalender.

**Breslau.** Versammlung Mittwoch, den 28. Juli, abends 8 Uhr, im „Zivoli“, Neuborsstraße 35.  
**Halberstadt.** Versammlung Dienstag, den 25. Juli, abends 9 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Oberstraße 15.  
**Kaiserslautern.** Versammlung Mittwoch, den 26. Juli, abends 9 Uhr, in der „Brauerei Orth“

# Berein der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer.

Donnerstag, den 27. Juli, abends pünktlich 8 Uhr, im großen Saale der „Neuen Welt“, Hafensheide:

## Vertrauensmännerversammlung.

Tagesordnung: Besprechung über die von den Mitgliedern eingegangenen Anträge zur Abänderung des Tarifs.

Die Vertrauensleute (oder deren Stellvertreter) und Druckereikassierer sowie die Vorstände der Fachvereine sind freundlichst eingeladen.

Die Legitimationskarten sind an der Kontrolle vorzuzeigen. Ohne dieselbe kein Einlaß.

Für den Gauvorstand: **Albert Massini.** [444]



# Berlin.

Sonntag, den 30. Juli, mittags 12 Uhr, im großen Saale der „Neuen Welt“ Hafensheide:

## Versammlung der tariftreuen Gehilfen des Tarifkreises VIII.

Tagesordnung:

Stellungnahme zu den Spezialanträgen auf Abänderung des Tarifs.

Einen zahlreichen Besuch erwartet **Albert Massini**, Gehilfenvertreter. [445]

## Tüchtiger Tiegeldrucker

absolut zuverlässig und fleißig, für einfache sowie schwere Arbeiten sofort gesucht nach Kristiania. Offerten unter Chiffre 857 an **Ohmes Bureau**, Kristiania, Norwegen. [438]

Suchen ersehnen:

## Führer durch die deutsche Reichsversicherungsordnung.

Bearbeitet vom Arbeiterssekretär Kollegen Otto Wlhan (Leipzig). — Preis 1 Mk.; für Gewerkschaftsmitglieder 80 Pf. Leipzig, N., Melanchthonstraße 6. [439] Verlag H. Guntter.

Tüchtiger

## Stempelleher

per sofort gesucht. Offerten mit Gehaltsanpr. erbeten an **M. Daser & v. Stein**, Stempelfabrik, Frankfurt a. M. [403]

Wir suchen zum sofortigen Eintritt tüchtige

## Schriftgießer

für die Kompletzmaschine System Fouchet. Schriftgießerei Genßler & Gensl, Hamburg 22. [430]

## Tüchtiger Typograph

(schuldische Praxis) in jeder Hinsicht perfekt, sucht sich für dauernd zu verändern. Off. u. M. H. München (postlagernd), Postamt 40. [411]

Botter, tüchtiger, selbständiger

## erster Maschinenmeister

sucht sich für dauernd zu verändern. Off. u. D. J. München (postlagernd), Postamt 40. [412]

## Jung, tüchtiger Schriftgießer

für Kompletzmaschine Typo I, wünscht sich nach Süddeutschland zu verändern. Beste Offerten erbeten unter B. H. 481 an die Geschäftsst. d. M. [411]

**Wollen Sie** wirklich brauchbare Vorlagen für Inserate, so knüpfen Sie für 8,25 Mk. das Vorlagenwerk „Lokale Reklamemanual“ F. W. Kramer, Essen-R. 5, Donau 29. [429]

**Anhang zum Tarife** von **Konrad Gehler**. Preis des Exemplars 10 Pf. (3 Pf. Porto). Bestellungen nehmen die Herren Verbandsfunktionäre sowie E. G. Böllig, Leipzig, Salmstraße 8, entgegen.

## Technikum für Buchdrucker

Leipzig-R. 280. Bildungsstätte für Söhne von Buchdruckerelbesitzern und Buchdruckern, welche sich für leitende Stellungen vorbereiten wollen. — Vorbereitungskurse für die Meisterprüfung. Man verlange Prospekt. [410]

## Dresdner Buchdrucker-Gesangverein.

Mittwoch, den 26. Juli: **Wanderabend** nach **Deurientzschlöchen** (Laufe), **Deurientzschlöche**. [410]

## Liedertafel Gutenberg

von 1877. Hamburg-Altona.

Donnerstag, den 27. Juli, abends 9 Uhr, im Garten der „Aktienbrauerei“, St. Pauli.

Donnerstag, den 3. August, abends 9 Uhr, im „Alten Schützenhof“, Barmbeck.

## Gemütliche Zusammenkunft mit Damen.

Die passiven Mitglieder sind herzlichst eingeladen. Der Vorstand. [447]

# An die tariftreuen Gehilfen im Kreise III.

Sonntag, den 30. Juli, vormittags pünktlich 10 Uhr, findet in Frankfurt a. M. im „Kaufmännischen Vereinshaus“, Eschenheimer Anlage 40/41, eine

## Öffentliche Versammlung

der tariftreuen Buchdruckergehilfen statt mit folgender Tagesordnung: Stellung von Anträgen zur Tarifrevision.

Zahlreichen Besuch erwartet

Der Einberufer: **Franz Porten**, Gehilfenvertreter für den III. Kreis. [443]

## Tarifkreis IV<sup>a</sup> (Elsaß-Lothringen).

Sonntag, den 30. Juli, morgens 9 1/2 Uhr, in Straßburg, im „Volksgarten“, Bornstaben 6:

## Kreisversammlung.

Tagesordnung: Beschlußfassung über Anträge zur Tarifrevision. — Alle tariftreuen Gehilfen des Kreises sind berechtigt, dieser Versammlung beizuwohnen.

Der Gehilfenvertreter: **Joseph Aigner.** [434]

## Tarifkreis V (Bayern).

Sonntag, den 30. Juli, vormittags 10 Uhr, findet zu München, im großen Saale des „Mathäser“:

## Allgemeine Buchdrucker-Versammlung

Bezugs endgültiger Beschlußfassung über die zur Tarifrevision zu stellenden Anträge statt. Eventuell noch beabsichtigte Anträge sind bis spätestens 29. Juli dem unterzeichneten Gehilfenvertreter zu übermitteln.

Ein zahlreicher Besuch der Versammlung wird erwartet. [446]

**Joseph Seig**, Gehilfenvertreter des Kreises V, München, Holzstraße 24 I.

Zeitenmaß mit sämtlichen Einteilungen 20 Pf.

E. Freis, Frankfurt a. M., Birgerstr. 25.



Die stillen Sommermonate bieten jedem Buchdrucker die beste Gelegenheit, sich mit dem äusserst praktischen

## Neuen Ätzverfahren für Märsers Tonplatten

vertraut zu machen, um im Bedarfsfalle Klischees, Reklamzellen, Inserate usw. positiv und negativ in kürzester Zeit unter Garantie tadellosen Gelingens selbst herstellen zu können.

Preis der kompletten Ätzeinrichtung 90 Mk. Porto und Verpackung besonders. Ausführlichen Prospekt versendet gratis. [393]

**Julius Mäser, Leipzig-R.**

Heute morgen entschleif nach schwerem Leiden unser hochverehrter Chef, Herr **Fabrikbesitzer**

## Dr. phil. Karl Hartmann

Mitnhaber der Firma Gebr. Hartmann Ammendorf-Halle a. S.

Wir verlieren in dem Heimgegangenen einen kumpen, stets wohlwollenden und gerechten Chef, dessen Andenken von uns allezeit in Ehren gehalten werden wird. Ammendorf-Halle a. S., 20. Juli 1911.

Die Hausdruckerei der Farbenfabrik Gebr. Hartmann, Ammendorf-Halle a. S. [437]

**Todesanzeige.**  
Am 18. Juli wurde unser lieber Kollege, der Schriftsetzer **Karl Rockenbach** durch den Tod aus unserer Mitte gerissen. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren!  
Die Kollegen der Hausdruckerei der Schriftgießerei Frankfurt a. M. [433]

Am 18. Juli verschied nach längerem Leiden unser lieber Sangskollege, der Setzer **Karl Rockenbach** im Alter von 81 Jahren. Ehre seinem Andenken!  
Gesangverein der Buchdrucker und Schriftgießer Frankfurt a. M. [438]

Am 20. Juli verschied nach schwerem Leiden unser werter Kollege, der Schriftgießer **Kurt Funke** im 30. Lebensjahre. Sein Andenken werden in Ehren halten  
Die Verbandsmitglieder [438] der Spammerschen Buchdruckerei, Leipzig.